

Zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung 1973

Zu den herausragenden Ereignissen des abgelaufenen Jahres zählt in Baden-Württemberg unter den sich im politischen Raum abspielenden Geschehnissen das Inkrafttreten des Kreisreform- und des Regionalverbandsgesetzes, wodurch die Verwaltungslandschaft ab 1. Januar grundlegend umgestaltet wurde. Das Landesgebiet, das bisher in 9 Stadt- und 63 Landkreise eingeteilt war, gliedert sich nunmehr nur noch in 9 Stadt- und 35 Landkreise. Die Regionalplanung, die bislang in Händen von 20 privatrechtlichen Planungsgemeinschaften lag, obliegt seit Jahresbeginn 12 Regionalverbänden (einschließlich des baden-württembergischen Anteils am grenzüberschreitenden Planungsverband Donau-Iller), die den Status von Körperschaften des öffentlichen Rechts haben. Begleitet wurde diese Änderung der administrativen Struktur von weiteren Gemeindefusionen. Im Jahr 1973 gaben 246 Gemeinden ihre Selbständigkeit auf bzw. schlossen sich in Form von Verwaltungsgemeinschaften zusammen, so daß es am Jahresende noch 2096 Gemeinden gab. Die im Sommer beschlossene Schlußkonzeption der Zielplanung für die Gemeindefusion, die Anfang 1974 von kommunaler Seite und vom Parlament diskutiert werden wird, will den Gebietszuschnitt und die Verwaltungskraft der Gemeinden den Ansprüchen anpassen, die ihren aus den Erfordernissen zukunftsorientierter Planung und zunehmend differenzierterer Verwaltungsaufgaben erwachsen. Die Grundsätze der Zielplanung sehen vor, daß es im Land nur noch 1080 Gemeinden geben soll, die in der Regel über 2000 Einwohner haben werden. Unter Berücksichtigung landesplanerischer Überlegungen soll nach der Konzeption der Landesregierung ferner das Recht der Verwaltungsgemeinschaften fortentwickelt werden, während zur Lösung des Stadt-Umland-Problems eine institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Stadt und Umland in Form von Nachbarschaftsverbänden vorgesehen ist.

Im Jahr 1973, das von Ministerpräsident Filbinger zum „Jahr des Umweltschutzes“ erklärt wurde, sind die Gefahren der Umweltbelastung verstärkt ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt; staatliche und kommunale Stellen haben sich den damit verbundenen Problemen zunehmend zugewandt. Auf dem Gebiet der Bevölkerungsentwicklung haben sich mit dem verstärkten Geburtenrückgang und einer an 900 000 heranreichenden Ausländerzahl Entwicklungen abgezeichnet, die in näherer Zukunft insbesondere im bildungspolitischen Bereich mit einer Reihe von Konsequenzen verbunden sein werden.

Im Bildungssektor zeigte sich auch 1973 eine Überfüllung der Universitäten. Aus den Grund- und Hauptschulen des Landes gingen anteilmäßig weniger Schüler auf Realschulen und Gymnasien über als in den Vorjahren. Damit zeichnet sich eine bemerkenswerte Tendenzwende im Übergangsverhalten auf weiterführende allgemeinbildende Schulen ab, die von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Bildungsplanung sein dürfte.

Die wirtschaftliche Entwicklung war 1973 durch drei sehr unterschiedliche Phasen gekennzeichnet. Die erste Jahreshälfte war zunächst durch einen überaus starken Konjunktur-

aufschwung geprägt, der nicht nur mit einem hohen gesamtwirtschaftlichen Wachstum, sondern auch mit dem seit Jahren stärksten Preisauftrieb verbunden war. Um den daraus resultierenden Gefahren entgegenzutreten, beschlossen Bundesregierung und Bundesbank einschneidende stabilitätspolitische Maßnahmen. Etwa ab Mitte des Jahres differenzierte sich dann die konjunkturelle Entwicklung spürbar, so daß zum Jahresende die wirtschaftliche Lage durch deutliche Anzeichen einer konjunkturellen Abkühlung gekennzeichnet war, von der die Bauwirtschaft und der Fahrzeugbau sowie verschiedene verbrauchsnahe Zweige der Konsumgüterindustrien am stärksten betroffen wurden. Die davon ausgehenden Ausstrahlungen auf den Arbeitsmarkt nahmen bereits schärfere Konturen an und äußerten sich in einer erheblich verminderten Nachfrage nach Arbeitskräften und einer spürbaren Zunahme der Kurzarbeit.

Am Jahresende überschatteten dann die Auswirkungen der Energiekrise das wirtschaftliche Gesamtbild zunehmend und ließen das Jahr 1973 in einer Phase ungewöhnlicher Unsicherheit über die wirtschaftliche Weiterentwicklung zu Ende gehen. Inwieweit die konjunkturelle Abkühlung durch Engpässe in der Versorgung mit Rohöl künftig noch verstärkt wird und ob damit eine längere Phase der Rohstoff- und Energieknappheit eingeleitet wurde, läßt sich derzeit noch nicht voll abschätzen. Bei länger anhaltender Verknappung von Erdöl, das ja nicht nur Energieträger, sondern auch wichtiger Rohstoff für eine Vielzahl industrieller Produkte darstellt, kann für 1974 jedenfalls längst nicht mit einem so hohen gesamtwirtschaftlichen Wachstum gerechnet werden wie im abgelaufenen Jahr. Sogar die Möglichkeit eines schärferen konjunkturellen Einbruchs mit vermehrter Kurzarbeit und einer größeren Arbeitslosenzahl als bisher ist nicht auszuschließen, doch dürfte es sich dabei voraussichtlich um eine differenzierte Entwicklung in einzelnen Branchen und Regionen handeln.

Anhaltender Geburtenrückgang, jedes fünfte Baby ein Ausländer

Nach vorläufigen Schätzungen dürfte das Land Baden-Württemberg am Jahresende 1973 einen Einwohnerstand von rund 9,242 Millionen erreichen. Die damit zu verzeichnende Bevölkerungszunahme um rund 88 000 Personen oder knapp 1% blieb deutlich hinter den vorhergehenden Jahren zurück.

Tabelle 1
Bevölkerungsbewegung

Vorgang	1970	1971	1972	1973 ¹⁾
Geburten	128 212	123 871	112 845	101 000
Sterbefälle	92 628	92 671	92 740	93 000
Geburtenüberschuß	35 584	31 200	20 105	8 000
Wanderungssaldo	109 461	70 307	78 933	80 000
Bevölkerungszunahme	145 045	101 507	99 038	88 000
Bevölkerungsbestand	8 953 607	9 055 114	9 154 152	9 242 000

¹⁾ Vorläufige Zahlen, teilweise geschätzt.

Für das Bevölkerungswachstum spielen die Geburtenüberschüsse eine immer geringere Rolle, der seit Mitte der sechziger Jahre einsetzende Geburtenrückgang hielt weiter an. Während die Bevölkerungszunahme im Mittel der Jahre 1965 bis 1972 noch zu rund 40% auf Geburtenüberschüssen und zu etwa 60% auf Zuwanderungen beruhte, sank der Anteil der Geburtenüberschüsse im ersten Halbjahr 1973 auf unter 10%.

Der Umstand, daß Baden-Württemberg in der ersten Jahreshälfte noch einen knappen Geburtenüberschuß von 5200 Personen aufwies, ist allein dem ausländischen Bevölkerungsteil zuzuschreiben. Bei der deutschen Bevölkerung trat in diesem Zeitraum ein deutliches Geburtendefizit von ebenfalls 5200 Personen ein. Der sich verstärkt fortsetzende Rückgang der Fruchtbarkeit wird in Zukunft mit einer Reihe von Konsequenzen verbunden sein, wobei sich die nächstliegenden Auswirkungen voraussichtlich auf dem Gebiet des Bildungswesens bemerkbar machen, indem die Zahl der Schulanfänger nicht mehr so groß sein wird wie bisher. Demgegenüber dürfte der gestiegene Anteil an Ausländergeburten – derzeit über ein Fünftel – in den kommenden Jahren noch größere Integrationsprobleme insbesondere im Bereich der Vorschulerziehung und Schulausbildung aufwerfen.

Mit der anhaltend günstigen wirtschaftlichen Lage hielt der Zustrom von Ausländern kräftig an, wobei die Anwerbung vor allem auf Türken und Jugoslawen gerichtet war. Bis zur Jahresmitte wanderten per Saldo weitere 43 000 Personen ausländischer Nationalität zu, so daß ein Bestand von rund 881 000 Ausländern erreicht wurde. Damit hat Baden-Württemberg die weitaus höchste Ausländerquote unter den Bundesländern (9,6%). Da sich der Großteil der ausländischen Arbeitskräfte mit ihren Familienangehörigen in unmittelbarer Nähe des Arbeitsplatzes niedergelassen hat, ist die Ausländerkonzentration in den verschiedenen Landesteilen sehr unterschiedlich. In den Ballungsräumen des Mittleren Neckar und Rhein-Neckar war Mitte des Jahres bereits jeder achte bzw. jeder zehnte Einwohner Ausländer. Eine wesentlich geringere Konzentration und damit wohl auch eine entsprechend geringere Belastung der Infrastruktureinrichtungen verzeichnen vor allem die ländlichen Regionen, so beispielsweise die dünn besiedelten Räume im Nordosten des Landes sowie Teile des Schwarzwaldes und Oberschwabens.

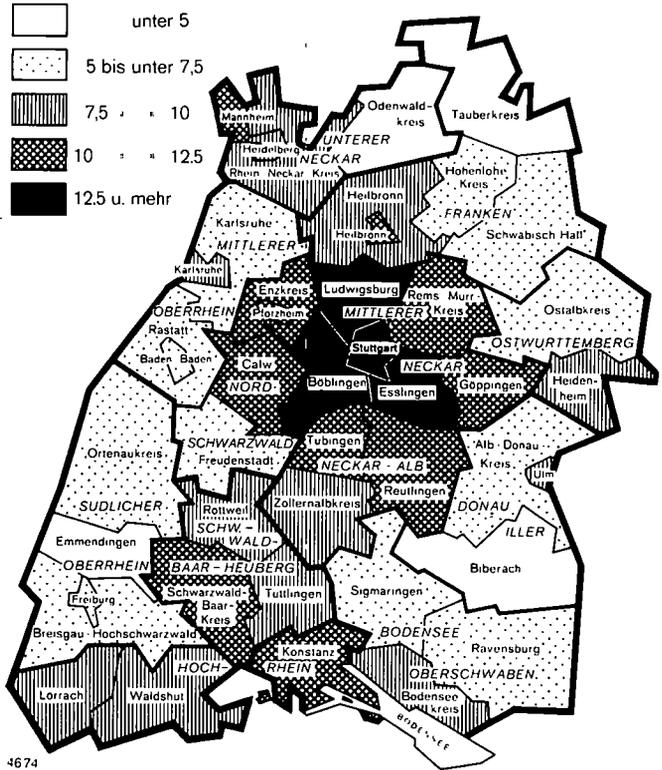
Überfüllte Hochschulen – weniger Übergänge auf Realschulen und Gymnasien

Im Wintersemester 1973/74 waren an den neun Universitäten des Landes rund 80 000 ordentliche Studierende immatrikuliert gegenüber 71 200 im Sommersemester. An den zehn Pädagogischen Hochschulen wurden im Wintersemester 1973/74 20 800 Studenten gezählt, im Sommersemester 1973 waren es noch 18 100 gewesen. Damit ist die Kapazität der

Schaubild 2

Ausländer in Baden-Württemberg am 30.6.1973

Prozent der Wohnbevölkerung



4674

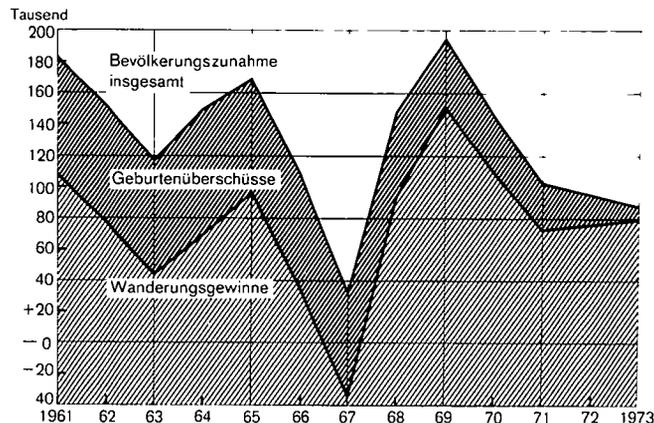
Universitäten und Pädagogischen Hochschulen in den meisten Fachbereichen bei weitem überschritten und der Numerus clausus findet immer mehr Anwendung, ohne das Problem zu lösen.

So wollten von den 18 300 aus Baden-Württemberg stammenden Abiturienten des Jahrganges 1973 rund 18% das Studium in einem Numerus-clausus-Fach aufnehmen. Diesen 3600 Bewerbern standen jedoch nur 1760 Studienplätze gegenüber, die größtenteils bereits an Abiturienten früherer Jahre vergeben waren und zudem der Verteilung durch die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen unterlagen, also auch für Studenten aus anderen Bundesländern offen gehalten werden mußten.

Aus dem übrigen Bundesgebiet stammten im Sommersemester über 11 000 Studenten, während Baden-Württemberg eine wesentlich geringere Zahl von Landeskindern an die Hochschulen der anderen Bundesländer entsandte, so daß sich für das

Schaubild 1

Geburtenüberschüsse und Wanderungsgewinne 1961 bis 1973



5774

Tabelle 2

Studierende an Wissenschaftlichen Hochschulen

Universität	Studierende im Wintersemester		Zunahme in %
	1973/74 ¹⁾	1972/73	
Freiburg	15 500	14 410	7,6
Heidelberg	16 730	15 350	9,0
Hohenheim	2 058	1 600	28,6
Karlsruhe	10 818	10 074	7,4
Konstanz	1 897	1 479	28,3
Mannheim	6 373	5 897	8,1
Stuttgart	10 120	9 761	3,7
Tübingen	15 463	14 866	4,0
Ulm	990	668	48,2
Zusammen	79 949	74 105	7,9

¹⁾ Vorläufige Zahlen.

Tabelle 3
Übergangsquoten nach sozialen Schichten

Schuljahr	Realschulen				Gymnasien			
	Akademiker	Angestellte und Beamte	Arbeiter	Landwirte	Akademiker	Angestellte und Beamte	Arbeiter	Landwirte
1972/73	7,0	27,1	24,5	27,2	85,3	43,9	14,6	13,1
1973/74	9,2	27,4	23,6	25,5	80,7	40,3	13,2	11,9

Land nach Berlin und Hamburg der höchste positive Studenten-Zuwanderungs-Saldo errechnet, der für das Land mit einer beachtlichen finanziellen Belastung verbunden ist. Mit 6400 ausländischen Studenten war Baden-Württemberg zudem auch im Sommersemester 1973 Schwerpunkt für die Studienausbildung von Ausländern. Obwohl das Land von der Bevölkerung des Bundesgebiets nur 15% auf sich vereinigt, stellte es rund 22% aller westdeutschen Studienplätze für Ausländer. Die Überfüllung der Hochschulen und die Diskussionen über den künftigen Akademikerbedarf dürften mit dazu beigetragen haben, daß im Schuljahr 1973/74 aus den Grund- und Hauptschulen des Landes anteilmäßig weniger Schüler auf Realschulen und Gymnasien als in den Vorjahren übergangen. Bezogen auf die vierte Klassenstufe des Vorjahres wechselten 24,2% aller Schüler auf Realschulen (1972/73: 24,7%) und 28,6% auf Gymnasien (1972/73: 29,9%). Die rückläufigen Übergänge auf weiterführende allgemeinbildende Schulen gehen auf das geänderte Verhalten aller sozialen Schichten zurück. Die Gruppe der Akademiker schickte ihre Kinder in etwas stärkerem Umfang als im Vorjahr (9,2% gegenüber 7,0%) auf Realschulen und in erheblich abgeschwächtem Ausmaß auf Gymnasien (80,7% gegenüber 85,3%). Auch die Angestellten und Beamten bevorzugten für ihre Kinder etwas stärker als zuvor die Realschulen (27,4% gegenüber 27,1%) bei rückläufigen Übertritten auf Gymnasien (40,3% gegenüber 43,9%), während die Kinder von Arbeitern und Landwirten auf beide weiterführende Schularten in vermindertem Umfang überwechselten. Ob diese Tendenz auch weiterhin anhält, muß abgewartet werden. Vorläufige Gesamtschülerzahlen für das Schuljahr 1973/74 liegen derzeit nur für den Bereich der öffentlichen Gymnasien vor, wo sich im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der Schüler etwas weniger erhöhte (+ 6,6%) als die Klassen (+ 7,2%). Die durchschnittliche Klassenstärke (29,3 Schüler) hat sich dadurch allerdings nur unwesentlich verringert.

Zunehmende Bedeutung des Umweltschutzes

Mit der zunehmenden Bedrohung des natürlichen Lebensraumes wächst auch der Bedarf an Orientierungsdaten über alle die Umwelt beeinträchtigenden Fakten. Im Jahre 1973, das Ministerpräsident Filbinger zum Jahr des Umweltschutzes erklärte, hat das Statistische Landesamt mit einem System von Umweltstatistiken das jüngste Arbeitsgebiet der amtlichen Statistik begründet. Im Mittelpunkt der Arbeiten steht der Ausbau der Regionaldatenbank, die gegenwärtig schon über ein System umweltrelevanter Informationen verfügt. In Zusammenarbeit mit anderen Stellen werden zur Zeit die Möglichkeiten einer über die übliche administrative Gliederung hinaus-

Tabelle 4
Wasseraufkommen und Abwasseranfall

Bezeichnung	1957	1973 ¹⁾
	Mill. cbm	
Wasserförderung insgesamt	1 085	1 700
Abwasseranfall		
Haushalte und Kleingewerbe		475
Industrie	631	1 025

¹⁾ Geschätzte Zahlen.

gehenden naturräumlichen Ergebnisdarstellung vorbereitet. Einige Ergebnisse zeichnen sich jetzt schon ab. So geht aus den vorgelegten Daten hervor, daß der Wasserverbrauch seit 1957 um mehr als die Hälfte auf geschätzt 1,7 Mrd. cbm im Jahr 1973 anstieg. Wie stark die mit der Ableitung verschmutzter industrieller oder häuslicher Abwasser verbundene Wassergefährdung ist, läßt der Abwasseranfall in der Größenordnung von 1025 (Industrie) bzw. 475 Mill. cbm (Haushalte) erkennen. Wachsende Sorgen bereitet auch die Beseitigung des rasch ansteigenden Müllaufkommens. Nach überschlägigen Schätzungen beläuft sich die jährliche Abfallmenge derzeit auf etwa eine Tonne je Einwohner, bis 1980 wird mit einem Zuwachs auf 1,4 Tonnen je Einwohner gerechnet. Allein das Aufkommen an Industriemüll dürfte im Zeitraum von 1972 bis 1975 um etwa 15% zunehmen. Erste Informationen über die Struktur der Industrieanfälle sind in *Tabelle 5* wiedergegeben.

Tabelle 5
Struktur und Entwicklung des Industriemülls

Art des Abfalls	Entstandene Abfallmenge 1971/72	Voraussichtliche Zunahme bis 1975
	1000 t	%
Keramische, mineralische und Glasabfälle	573	1,0
Eisenmetallabfälle	560	12,9
Bauschuttstoffe, Abbruchmaterial	445	15,1
Haumüll und haumüllähnlicher Abfall	370	32,4
Holzabfälle (zum Beispiel Rinde)	316	11,1
Asche, Schlacke, Ruß	240	5,4
Altpapier, Altpappe	218	24,3
Sperrmüll und sperrmüllähnlicher Abfall	210	16,7
Schlämme aus Industrie-Abwasserreinigung	205	~ 6,3
Textilabfälle	152	25,7
NE-Metallabfälle	123	23,6
Pflanzliche und tierische Abfälle	114	5,3

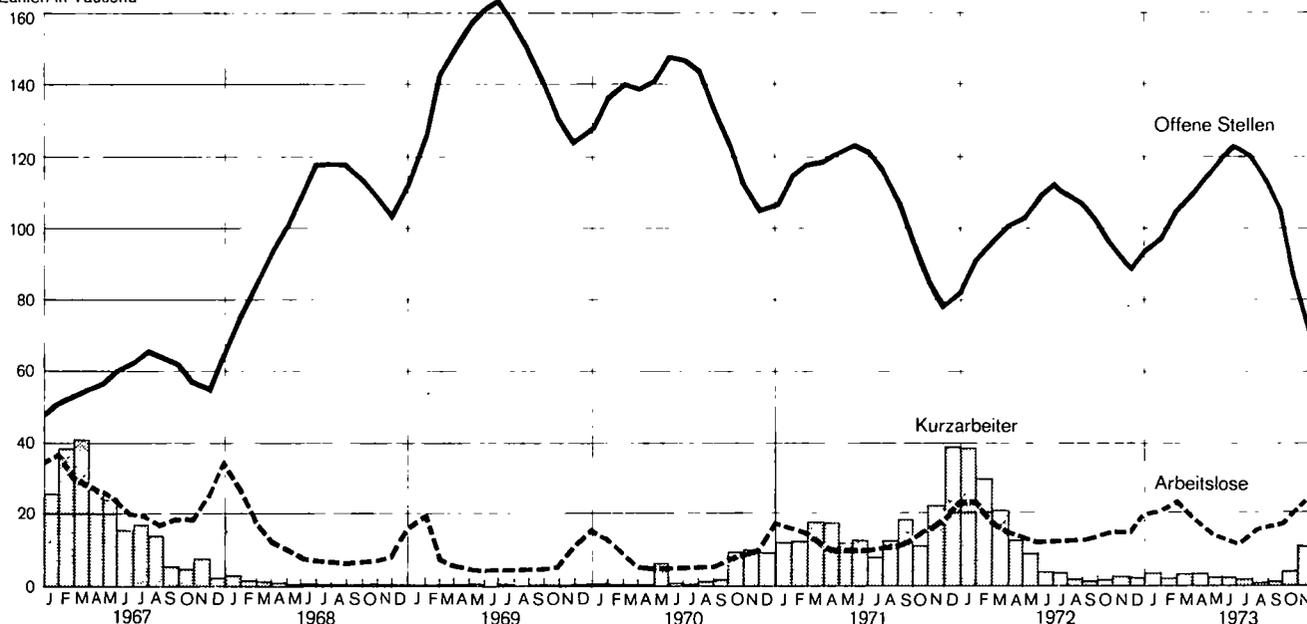
Quelle: Auszug aus einer Mengenauswertung der baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern durch die Landesstelle für Gewässerkunde und wasserwirtschaftliche Planungen Karlsruhe.

Konjunktumschwung zur Jahresmitte

Die wirtschaftliche Lage war im Jahr 1973 aus datenorientierter Sicht in Fortsetzung der günstigen Entwicklung während des Jahres 1972 zunächst durch einen starken Konjunkturaufschwung gekennzeichnet, der im ersten Halbjahr zunehmend an Kraft gewann. Durch die weltweite Hochkonjunktur gingen die kräftigsten Impulse zunächst von der Auslandsnachfrage aus, die in der ersten Jahreshälfte das Vorjahresniveau um rund ein Drittel übertraf. Auch die inländische Nachfrage belebte sich deutlich und lag in den ersten sechs Monaten um gut ein Fünftel über dem Vorjahresniveau. Mit dieser boomartigen Expansion der Nachfrage konnte die reale Produktion, die im ersten Halbjahr um knapp 7% zunahm, bei weitem nicht Schritt halten, so daß sich der ohnehin schon starke Preisauftrieb in beachtlichem Ausmaß beschleunigte. Um den sich daraus für die Preisstabilität abzeichnenden Gefahren entgegenzutreten und um einem übersteigerten Auf-

Arbeitslose und offene Stellen

Zahlen in Tausend



Quelle: Landesarbeitsamt Baden - Württemberg
6074

schwung zu begegnen, legte die Bundesregierung bereits im Februar ein Stabilitätsprogramm vor, das durch die erweiterten Beschlüsse vom Mai ergänzt wurde.

Die getroffenen Maßnahmen umfassen unter anderem Beschränkungen der Investitionstätigkeit durch Einführung einer Investitionssteuer in Höhe der Mehrwertsteuer, ferner wurde die degressive Abschreibung für Gebäude und bewegliche Güter des Anlagevermögens für die Dauer eines Jahres ausgesetzt. Darüber hinaus wurde die Wohnbautätigkeit durch die auf ein Jahr befristete Aufhebung der Abschreibungsmöglichkeiten des § 7 b des Einkommensteuergesetzes beschränkt sowie die Steuerbelastung der mittleren und höheren Einkommen durch einen Stabilitätzuschlag zur Einkommensteuer von bis zu 10% erhöht. Außerdem intensivierte die Bundesbank die kreditpolitischen Restriktionen. Zudem wurde die Export-situation durch zwei DM-Aufwertungen und durch das Floating gegenüber dem US-Dollar erschwert.

Etwa seit Mitte des Jahres mehrten sich die Anzeichen einer zunehmend spürbarer werdenden Differenzierung der konjunkturellen Entwicklung. In welchem Ausmaß in den einzelnen Teilbereichen der Wirtschaft eine konjunkturelle Abschwächung zu verzeichnen ist, geht aus dem vorliegenden Bericht von Fall zu Fall hervor. Hinzu kam am Jahresende die politisch aus-

gelöste Verringerung der Öllieferungen, die sich allerdings in den bisher vorliegenden Konjunkturdaten nur teilweise niederschlägt. Unabhängig davon führte aber der dynamische Konjunkturverlauf 1973 zu einem höheren gesamtwirtschaftlichen Wachstum als nach den Prognosen zu erwarten war. Nach ersten Schätzungen wird für Baden-Württemberg mit einer realen Zunahme des Bruttoinlandsproduktes von rund 5,4% gerechnet.

Umbruch in der Arbeitsmarktentwicklung

Der starke konjunkturelle Aufschwung hatte einen nachhaltigen Einfluß auf das Arbeitsmarktgeschehen. Schon zu Anfang des Jahres bestand eine große Nachfrage nach Arbeitskräften, im März meldeten die Arbeitsämter bereits 110 000 offene Stellen. Besonders um die Jahresmitte war die Arbeitsmarktlage angespannt, im Juni erreichte die Zahl der offenen Stellen mit 123 000 ihren Höchststand. Im Vergleich zum Vorjahr lag der Kräftebedarf von Wirtschaft und Verwaltung zur Jahresmitte um 14 300 oder rund 14% höher. Den offenen Stellen stand zur gleichen Zeit eine Arbeitslosenzahl von 12 300 gegenüber, das bedeutete eine Arbeitslosenquote von nur 0,4% gegenüber 0,9% im Bundesgebiet. Auch die Nach-

Tabelle 6
Indikatoren der Arbeitsmarktentwicklung

Bezeichnung	Einheit	1973											
		Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.
Offene Stellen Veränderung gegen Vorjahr	Anzahl	96 940	105 283	109 972	114 984	119 520	123 140	120 271	113 554	105 477	86 800	69 373	50 669
	%	+ 16,1	+ 15,9	+ 14,0	+ 14,7	+ 15,2	+ 13,2	+ 7,1	+ 3,4	- 1,9	- 15,0	- 58,5	- 43,5
Arbeitslose Veränderung gegen Vorjahr	Anzahl	20 347	23 401	18 597	15 042	13 002	12 326	14 744	15 616	16 074	20 641	24 835	34 478
	%	- 11,7	- 0,5	+ 7,8	- 2,4	- 4,0	+ 5,0	+ 24,7	+ 21,4	+ 28,4	+ 49,2	+ 65,2	+ 121,7
Kurzarbeiter Veränderung gegen Vorjahr	Anzahl	3 040	2 774	3 529	3 680	2 755	2 586	2 149	1 270	1 827	4 666	11 800	16 385
	%	- 92,1	- 90,7	- 82,4	- 71,4	- 70,2	- 22,3	- 33,5	- 31,9	+ 67,8	+ 193,6	+ 453,0	+ 691,5

Quelle: Arbeitsmarktstatistik des Landesarbeitsamts.

frage nach Gastarbeitern nahm stark zu. Von Januar bis August nahmen rund 36 000 weitere ausländische Arbeitskräfte eine Beschäftigung auf, das sind über 50% mehr als im Vorjahreszeitraum. Dabei waren die Anwerbungen verstärkt auf die Vermittlung von Türken gerichtet, die annähernd 43% der neu eingereisten Gastarbeiter stellten, gefolgt von den Jugoslawen mit 35%.

Die in der zweiten Jahreshälfte nachlassende gesamtwirtschaftliche Expansion machte sich schon im Herbst in einer merklichen Abkühlung des Arbeitsmarktes bemerkbar. Die Nachfrage nach Arbeitskräften verminderte sich spürbar, so daß die Zahl der offenen Stellen im Oktober auf 86 800 und im November auf 69 400 zurückging und damit in diesem Jahr bedeutend geringer als in den entsprechenden Monaten der Vorjahre war. Die Zahl der Arbeitslosen war im November mit 24 835 um mehr als die Hälfte höher als im Vorjahr und überstieg selbst die Ziffer des Rezessionsjahres 1967. Die Arbeitslosenquote lag mit 0,7% allerdings noch weit unter der des Bundes (1,5%). Auch die Kurzarbeit nahm gegen Ende des Jahres erheblich zu. Die Zahl der betroffenen Arbeitnehmer stieg von rund 1800 im September sprunghaft auf 4600 im Oktober und 11 800 im November, wobei die Schwerpunkte im Bekleidungs- und Textilgewerbe lagen.

Die weit über das saisonübliche Maß hinausgehende Abkühlung des Arbeitsmarktes, die sich im Zusammenhang mit der nachlassenden Konjunktur bemerkbar machte, signalisiert eine Entwicklung, die bei zunehmender konjunktureller Abschwächung Gefahren für die Vollbeschäftigung mit sich bringt. Ein weiteres Unsicherheitsmoment für die Arbeitsmarktentwicklung bedeutet die sich am Jahresende abzeichnende Energiekrise, in deren Gefolge allerdings eine vorzeitige Lockerung der stabilitätspolitischen Maßnahmen beschlossen wurde. Die Auswirkungen dieser gegenläufigen Einflußfaktoren lassen sich derzeit noch nicht voll absehen, doch dürfte eher mit einem weiteren Anstieg als mit einem Absinken der Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter zu rechnen sein.

Industrieentwicklung – Spiegelbild des Konjunkturverlaufs

Nach der etwas verhaltenen Industrieentwicklung im Jahre 1972 übertraf der 1973 eingetretene industrielle Aufschwung die Erwartungen bei weitem. Besonders in der ersten Jahreshälfte entwickelte sich die Nachfrage nach industriellen Produkten sehr lebhaft. Dazu trugen vor allem die Bestellungen aus dem Ausland bei, die im ersten Halbjahr mehr als ein Drittel (34,7%) über dem Vorjahresvolumen lagen, während die inländischen Auftragseingänge das Vorjahresniveau um gut ein Fünftel (22,6%) übertrafen. Maßgeblichen Anteil an dieser außergewöhnlichen Zunahme hatten vor allem die Investitionsgüterindustrien, deren Bestellvolumen sich insbesondere wegen der hohen Zunahme des Auslandsgeschäftes (+ 39,6%) um insgesamt 33,1% erhöhte. Die Spitzenstellung unter den Investitionsgüterindustrien nahm der Maschinenbau ein, dessen Orders bei einer Zunahme der Auslandsbestellungen um 61,8% einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahreszeitraum von 53,6% erreichten.

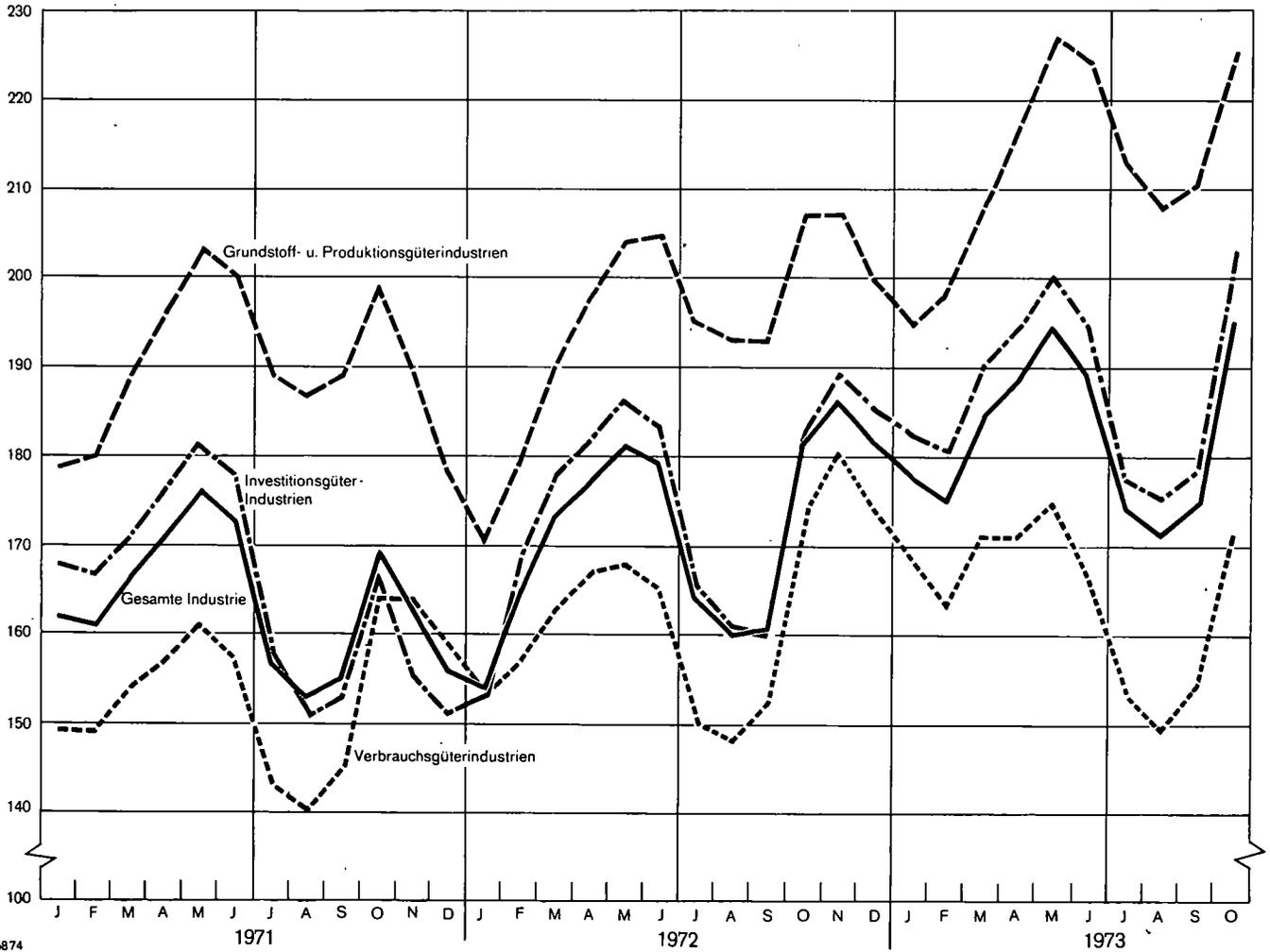
Mit dieser sehr lebhaften Nachfrageentwicklung konnte die Zunahme der realen Produktion, die zunehmend auf Kapazitätsgrenzen stieß und in der ersten Jahreshälfte das Vorjahresniveau nur um 6,7% übertraf, bei weitem nicht Schritt halten. Mit dem seit Mitte des Jahres verlangsamten Wachstum der Nachfrage überstiegen die Bestellungen das Vorjahresniveau nicht mehr in dem starken Ausmaß wie zuvor, so daß sich die Divergenz zwischen Nachfrage- und Produktionsentwicklung verringerte: Von Januar bis Oktober nahmen die Auftrags-eingänge gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 16,9%, die Produktion um 6,5% zu. Dabei war die Produktionszuwachsrate bei den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien mit deutlichem Abstand am größten (+ 9,6%). Überdurchschnittlich (+ 7,5%) entwickelten sich auch die Investitionsgüterindustrien, wobei die Schwerpunkte beim Stahlbau (+ 18,1%) und der Stahlverformung (+ 17,7%) lagen, während der in Baden-Württemberg bedeutsame Maschinenbau seine Pro-

Tabelle 7
Entwicklung der Umsätze, Auftragseingänge und Preise in der Industrie

Industriezweig ¹⁾	Umsatz			Exportquote ²⁾		Auftragseingang				Index der Erzeugerpreise				
	Januar bis Oktober													
	1972	1973	Veränderung 1973/72	1972	1973	1972	1973	Veränderung		1972	1973	Veränderung		
	Mill. DM		%	%		1970 = 100		%	1973/72	1972/71	1962 = 100		1973/72	1972/71
Industrie insgesamt	83 535,6	93 664,7	+12,1	20,7	22,0	112,1	131,1	+16,9	+ 7,3	-	-	-	-	-
Inland	66 269,1	73 071,5	+10,3	-	-	111,2	125,2	+12,6	+ 7,4	115,7	123,1	+ 6,4	+2,9	-
Ausland	17 266,5	20 593,2	+19,3	-	-	114,1	151,6	+32,9	+ 6,2	-	-	-	-	-
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	15 026,2	16 947,3	+12,8	12,8	13,4	113,5	126,8	+11,7	+10,0	-	-	-	-	-
Inland	13 106,2	14 673,2	+12,0	-	-	112,6	123,3	+ 9,5	+10,0	106,0	113,8	+ 7,4	+0,4	-
Ausland	1 920,0	2 274,1	+18,4	-	-	118,9	148,7	+25,1	+ 9,3	-	-	-	-	-
Investitionsgüterindustrien	42 615,9	48 243,4	+13,2	30,3	31,9	108,5	134,7	+24,1	+ 5,1	-	-	-	-	-
Inland	29 687,8	32 846,2	+10,6	-	-	107,1	127,1	+18,7	+ 5,3	123,0	127,6	+ 3,7	+3,4	-
Ausland	12 928,1	15 397,2	+19,1	-	-	111,7	152,5	+36,5	+ 4,7	-	-	-	-	-
darunter														
Maschinenbau	12 599,0	13 689,4	+ 8,7	38,5	41,3	89,6	126,9	+41,6	- 3,4	-	-	-	-	-
Inland	7 751,7	8 032,0	+ 3,6	-	-	84,3	113,4	+34,5	- 6,1	137,4	144,6	+ 5,2	+4,6	-
Ausland	4 847,3	5 657,4	+16,7	-	-	98,6	149,6	+51,7	+ 0,6	-	-	-	-	-
Elektrotechnische Industrie	11 468,1	13 238,1	+15,4	21,2	22,9	114,9	137,6	+19,8	+ 7,2	-	-	-	-	-
Inland	9 033,8	10 202,6	+12,9	-	-	113,1	130,3	+15,2	+ 5,6	111,2	113,6	+ 2,2	+2,3	-
Ausland	2 434,3	3 035,5	+24,7	-	-	122,4	165,7	+35,4	+13,6	-	-	-	-	-
Fahrzeugbau	9 563,5	11 204,5	+17,2	38,8	39,2	127,8	144,8	+13,3	+11,8	-	-	-	-	-
Inland	5 853,7	6 815,0	+16,4	-	-	125,5	133,6	+ 6,5	+19,8	114,2	119,5	+ 4,6	+4,2	-
Ausland	3 709,8	4 389,5	+18,3	-	-	131,6	164,0	+24,6	+ 1,1	-	-	-	-	-
Verbrauchsgüterindustrien	18 794,6	20 431,0	+ 8,7	11,9	13,1	118,9	126,0	+ 6,0	+ 9,4	-	-	-	-	-
Inland	16 560,5	17 749,4	+ 7,2	-	-	118,1	123,0	+ 4,1	+ 9,1	118,9	128,8	+ 8,3	+4,3	-
Ausland	2 234,2	2 681,6	+20,0	-	-	125,3	148,1	+18,2	+11,8	-	-	-	-	-
darunter														
Textilindustrie	6 345,4	6 621,9	+ 4,3	13,2	14,7	119,6	123,4	+ 3,2	+ 3,1	-	-	-	-	-
Inland	5 508,2	5 646,4	+ 2,5	-	-	117,3	118,3	+ 0,9	+ 2,9	110,6	125,8	+13,7	+5,0	-
Ausland	837,2	975,5	+16,5	-	-	135,9	160,6	+18,2	+ 4,6	-	-	-	-	-

¹⁾ Beteiligte Industriegruppen. – ²⁾ Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Industrielle Produktion (gleitender 3-Monatsdurchschnitt) 1962 = 100



5874

duktion nur um 3,4% auszuweiten vermochte. Mit Wachstumsraten von 2,3% und 5,2% blieb die Produktionsentwicklung der Verbrauchsgüter- und der Nahrungs- und Genußmittelindustrien hinter dem Durchschnitt der Gesamtindustrie zurück. Diese Bereiche umfassen allerdings erheblich divergierende Branchen, von denen einige seit längerer Zeit Strukturprobleme haben so beispielsweise die auch im konjunkturellen Aufschwung des Jahres 1973 erheblich geschrumpfte Ledererzeugende (-20,0%), Schuh- (-14,0%) und Bekleidungsindustrie (-10,2%), während die in Baden-Württemberg relativ stark vertretene Textilindustrie stagnierende Produktionsziffern (-1,3%) aufwies.

Die industriellen Gesamtumsätze stiegen im Zeitraum Januar bis Oktober von 83,5 Mrd. DM im Jahr 1972 auf 93,7 Mrd. DM im Jahr 1973, was eine Zuwachsrate von 12,1% bedeutet. Wird zu dieser nominalen Zunahme der in diesem Zeitraum erfolgte Anstieg der industriellen Erzeugerpreise in Beziehung gesetzt, so ergibt sich ein reales Umsatzwachstum von 5,4% gegenüber 3,2% im Vorjahr. Trotz der Höherbewertung der DM entwickelten sich die Auslandsumsätze in den meisten Branchen wesentlich stärker als die Inlandsumsätze, so daß für Januar bis Oktober im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein leichter Anstieg der Exportquote von 20,7% auf 22,0% resultierte. Dazu hat vor allem beigetragen, daß die ohnehin exportintensiven Investitionsgüterindustrien ihr Auslandsgeschäft überdurchschnittlich erweitert haben. Ebenso bedeutsam ist jedoch, daß es auch einigen strukturell schwachen Industrien des Verbrauchsgüterbereiches wie beispielsweise der Textil-, Bekleidungs-, Schuh- sowie der Lederverarbeitenden Industrie ge-

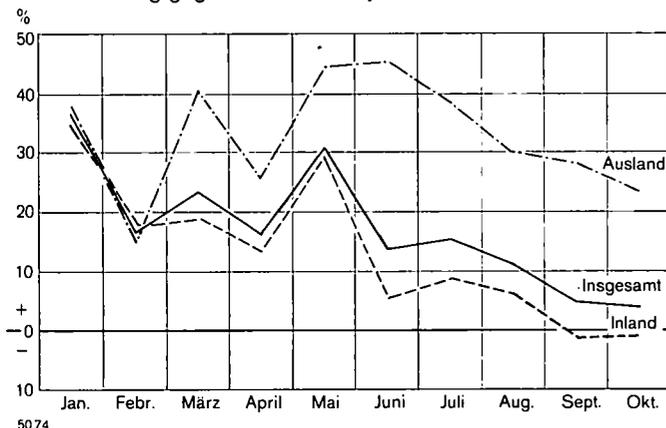
lungen ist, den stagnierenden oder schrumpfenden Inlandsumsatz durch Ausweichen auf Auslandsmärkte teilweise auszugleichen.

Im Gegensatz zur Entwicklung im Vorjahr nahm die Zahl der Industriebeschäftigten im Durchschnitt der Monate Januar bis Oktober leicht (1,0%) auf rund 1,58 Mill. Personen zu, da die Beschäftigungsexpansion in den Investitionsgüterindustrien (2,7%) die Rückgänge in den Verbrauchsgüter- und Nahrungs- und Genußmittelindustrien (1,2% bzw. 1,7%) überkompensierte. Die von Januar bis Oktober im Monatsdurchschnitt geleisteten 1,70 Mill. Arbeiterstunden entsprechen ziemlich genau dem Ergebnis des Vorjahreszeitraumes, wobei auch hier der Zunahme in den Investitionsgüterindustrien (2,2%) rückläufige Tendenzen in den übrigen industriellen Hauptbereichen gegenüberstehen. Die Entwicklung der Lohn- und Gehaltssumme zeigte im Jahr 1973 einen starken Aufwärtstrend. Sie nahm in den ersten zehn Monaten im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 14,0% auf 25,2 Mrd. DM zu. Infolge der nur leichten Beschäftigtenexpansion war der Anstieg der Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten mit 12,9% nicht sehr viel geringer, wobei die Zuwachsraten der industriellen Hauptbereiche nur wenig vom Industriedurchschnitt abwichen. Die Gehaltssumme stieg mit 15,7% etwas stärker als die Lohnsumme (13,1%), was auf die stärkere Entwicklung der Zahl der Angestellten (2,9%) gegenüber der Zahl der Arbeiter (0,3%) zurückzuführen ist.

Im Spätherbst war die wirtschaftliche Lage der Industrie durch deutliche Anzeichen einer konjunkturellen Abschwächung gekennzeichnet. Dafür spricht nicht nur die zurückhaltende Be-

Auftragseingänge der Industrie 1973

- Veränderung gegenüber dem Vorjahr -



5074

urteilung der weiteren Geschäftsentwicklung durch die Unternehmen, sondern vor allem die bemerkenswerte Abflachung der Nachfrage nach Industrieprodukten. Während die Auftragseingänge im ersten und zweiten Quartal die entsprechenden Vorjahreswerte noch deutlich übertroffen hatten (+ 25,0% bzw. + 20,3%), lag das Bestellvolumen im dritten Quartal nur 10,6% über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Im September und Oktober buchte die baden-württembergische Industrie nur 5,0% bzw. 4,0% mehr Aufträge als in den Vorjahresmonaten, unter Ausschaltung der Preissteigerungen wurde das Vorjahresergebnis nicht mehr erreicht.

Ausgelöst wurden die deutlichen Beruhigungstendenzen durch die seit Mitte des Jahres immer mehr abflachenden binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte bei derzeit noch hohem Niveau der ausländischen Nachfrage. Am meisten von der konjunkturellen Abschwächung betroffen sind neben dem Fahrzeugbau einige verbrauchsnahe Zweige der Konsumgüterindustrien, so beispielsweise die Leder-, Schuh-, Textil- und Bekleidungsindustrie, bei denen die Bestellwerte im dritten Quartal und im Oktober teilweise empfindlich unter den Vorjahresergebnissen lagen.

Für die weitere Entwicklung dürfte bestimmend sein, inwieweit durch eine nachlassende Weltkonjunktur die gegenwärtig konjunkturbestimmende Auslandsnachfrage, für die sich eine leichte Abkühlung abzeichnet, weiter abflacht und welche Impulse von den ausstehenden Tarifverhandlungen ausgehen. Ob durch die am Jahresende drohende Verknappung von Rohöl mit schärferen konjunkturellen Einbrüchen zu rechnen ist, läßt sich gegenwärtig noch nicht voll übersehen. Bei möglichen Engpässen in der Versorgung mit diesem wichtigen Energieträger, der zudem auch als Ausgangsbasis für eine Vielzahl von Erzeugnissen von entscheidender Bedeutung ist, sind jedoch tiefergehende Rückwirkungen auf die allgemeine Konjunkturlage nicht auszuschließen. Gleichzeitig zeichnet sich jedoch als gegenläufiger Einflußfaktor eine Lockerung der von Bundesregierung und Bundesbank getroffenen stabilitätspolitischen Maßnahmen ab.

Deutliche Belebung im Handwerk

Ebenso wie die Industrie weist die Entwicklung im Handwerk im Vergleich zu früheren Jahren eine deutlich nach oben gerichtete Tendenz auf. Der Umsatzanstieg betrug in den ersten drei Quartalen 1973 annähernd 14% gegenüber einem entsprechenden Anstieg von etwa 10% im Vorjahr. Vom Januar bis zum September 1973 wurden insgesamt 33,8 Mrd. DM umgesetzt. Der Handwerksumsatz – also der Umsatz von selbst hergestellten oder bearbeiteten handwerklichen Erzeugnissen und von sonstigen handwerklichen Leistungen – hat daran einen Anteil von 73,5%.

Wie bereits im Vorjahr hatte das Bau- und Ausbauhandwerk die höchste Umsatzsteigerung (+ 20%) zu verzeichnen, während die in Baden-Württemberg größte Handwerksgruppe, das metallverarbeitende Handwerk, einen leicht unterdurchschnittlichen Umsatzanstieg aufwies.

Die Beschäftigtenzahl nahm von 1972 nach 1973 – jeweils Ende September – mit 1,2% wesentlich geringer als im Vorjahr (4,2%) zu, wobei von den in Baden-Württemberg bedeutsamen Handwerksgruppen lediglich bei dem Nahrungsmittelhandwerk eine ins Gewicht fallende Beschäftigtenzunahme (+ 6%) festzustellen ist. Damit beschäftigt das Handwerk Ende des dritten Quartals etwa 745 000 Personen.

Ungebrochener Exportboom

Die Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft Baden-Württembergs ist im abgelaufenen Jahr durch verschiedene währungspolitische Ereignisse erschwert worden, zu denen neben den DM-Aufwertungen im März und Juni mit Aufwertungssätzen von 3% und 5,5% das gemeinsame Floating des Währungsblocks innerhalb der Europäischen Gemeinschaft (Bundesrepublik, Frankreich, Dänemark, Beneluxstaaten) gegenüber dem US-Dollar und damit gegenüber der Währung des für Baden-Württemberg zweitwichtigsten Exportlandes zählen. Welche Größenordnung die sich daraus zusammen ergebenden DM-Aufwertungssätze im Vergleich zu den Leitkursen von Ende 1972 hatten, geht aus den Nachweisen der Deutschen Bundesbank hervor. Danach betrug im September 1973 die mit den Anteilen am deutschen Außenhandel gewogene Aufwertung gegenüber den Währungen der gesamten Welt durchschnittlich 18%, gegenüber dem US-Dollar rund 32% und gegenüber Frankreich, als dem wichtigsten Handelspartner Baden-Württembergs, immerhin annähernd 11%.

Trotz der dadurch beträchtlich verschlechterten Wettbewerbsposition auf den Auslandsmärkten und der ständig steigenden Kosten auf dem Binnenmarkt hielt die ab Mitte 1972 einsetzende Ausweitung der ausländischen Nachfrage auch 1973 weiter kräftig an. Bedingt durch die weltweite Hochkonjunktur und den starken Preisauftrieb in allen wichtigen Industrieländern konnten Baden-Württembergs Exporteure in den ersten drei Quartalen des abgelaufenen Jahres die Ausfuhr wertmäßig um 16,9% und damit mehr als doppelt so stark wie im Vorjahr (7,8%) erhöhen. Selbst wenn man die Steigerung der Verkaufspreise für Ausfuhr Güter berücksichtigt, die sich im Bundesgebiet für die ersten drei Quartale auf 6,9% beläuft, ergibt sich für diesen Zeitraum eine hohe reale Zuwachsrates, die, nach den hohen Beständen an Auslandsaufträgen zu schließen, auch im vierten Quartal eine ähnliche Größenordnung aufweisen dürfte. Damit wird das Ausfuhrergebnis für das gesamte Jahr 1973 mit Sicherheit einen neuen Höchststand erreichen, der voraussichtlich etwa bei 31 Mrd. DM liegen dürfte. Allerdings zeichnet sich für 1974 bei einem Rückgang der Auslandskonjunktur auch ein verlangsamtes Wachstum der Exporte ab.

Ein gegenüber dem Vorjahr beträchtlich geändertes Bild ergibt sich für die Exportentwicklung in der Gliederung nach Handelspartnern und Warengruppen. So hat sich in den ersten neun Monaten die Zuwachsrates der Ausfuhr in die Länder der Europäischen Gemeinschaft auf 20,2% vervierfacht, wozu insbesondere das hohe Exportwachstum nach den drei Beitrittsländern Großbritannien, Dänemark und Irland (jeweils rund 30%) beigetragen hat. Noch stärker entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (+ 40,8%) der anteilmäßig (Ausfuhranteil 3,6%) bislang noch weniger bedeutsame Osthandel, während der Umfang der Lieferungen an die USA durch die beträchtliche De-facto-Aufwertung gegenüber dem Dollar den Vorjahresstand nicht ganz erreichte (- 1,0%), so daß sich die Bedeutung der Vereinigten Staaten als Handelspartner verringerte (Ausfuhranteil 9,7% gegenüber 11,4% im Vorjahreszeitraum). Da zu den wichtigsten nach den USA exportierten Waren vor allem Kraftfahrzeuge zählen, blieb das Ausfuhrwachstum für diese Warengruppe mit 7,4% weit hinter

Tabelle 8
Ein- und Ausfuhr nach Handelspartnern

Handelspartner	Einfuhr ¹⁾			Ausfuhr ²⁾		
	1. bis 3. Vierteljahr 1973					
	Mill. DM	%	Veränderung gegenüber 1972 in % ³⁾	Mill. DM	%	Veränderung gegenüber 1972 in % ³⁾
Insgesamt	14 860,9	100	+ 13,4	22 290,4	100	+ 16,9
davon						
Europa	11 390,4	76,7	+ 13,0	16 452,1	73,8	+ 19,2
darunter						
EG-Länder	8 277,9	55,7	+ 11,2	9 765,1	43,8	+ 20,2
davon						
Frankreich	3 092,6	20,8	+ 12,4	3 373,2	15,1	+ 17,2
Belgien-Luxemburg	1 232,3	8,3	+ 19,3	1 220,3	5,5	+ 19,8
Niederlande	1 279,8	8,6	+ 17,1	1 706,6	7,7	+ 18,7
Italien	2 266,8	15,3	+ 5,5	1 955,7	8,8	+ 19,3
Großbritannien	313,3	2,1	- 8,3	1 029,8	4,6	+ 29,9
Republik Irland	31,9	0,2	+ 121,5	62,8	0,3	+ 28,7
Dänemark	61,2	0,4	- 4,8	416,7	1,9	+ 33,7
EFTA-Länder	2 078,4	14,0	+ 13,3	4 432,2	20,0	+ 14,9
Ostblockländer	324,6	2,2	+ 37,1	813,3	3,6	+ 40,8
Afrika	884,0	5,9	+ 5,7	898,9	4,0	+ 22,8
Amerika	1 414,6	9,5	+ 8,3	3 119,2	14,0	- 0,8
darunter						
USA	1 010,9	6,8	+ 3,4	2 156,3	9,7	- 1,0
Asien	1 135,7	7,7	+ 32,6	1 586,9	7,1	+ 32,4
Australien und Ozeanien	36,2	0,2	+ 6,2	233,3	1,1	+ 19,0

¹⁾ Generalhandel. - ²⁾ Spezialhandel. - ³⁾ Gegenüber den ersten drei Vierteljahren 1972.

dem Durchschnitt zurück. Im übrigen veränderte sich die Exportstruktur vor allem insofern, als der Maschinenbau und die Elektrotechnik als zwei der exportstärksten Wirtschaftszweige mit 15,9% und 11,7% nur unterdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichneten, während die Textil- und die feinmechanische und optische Industrie mit 26,5% und 21,7% die höchsten Ausfuhrsteigerungen erzielten.

Mit einer Zunahme um 13,4% haben sich die Einfuhren in den ersten drei Quartalen trotz der stimulierenden Effekte der DM-Aufwertung etwas verhaltener als die Exporte entwickelt, wobei auf der Ebene der Bundesländer die Außenhandelsstatistik aus methodischen Gründen keine unmittelbaren Vergleiche zwischen den Ein- und Ausfuhrwerten zuläßt.

Gedämpft wurde der Anstieg der Gesamtimporte durch die mit 9,6% nur mäßige Zunahme der Einfuhr von Ernährungsgütern, wofür die stark verteuerten Weltmarktpreise und vor allem der erntebedingt wenig erhöhte Importbedarf an ernährungswirtschaftlichen Erzeugnissen eine Rolle gespielt haben dürften. Demgegenüber haben sich die Einfuhren gewerblicher Halbwaren (+ 30,8%) auf Grund der hohen Preissteigerungsraten auf den Auslandsmärkten wertmäßig überdurchschnittlich erhöht. Ein anderes Bild ergibt sich für die gewerblichen Fertigwaren, auf die in den ersten drei Quartalen 63,2% der Einfuhren des Landes entfielen. Die weltweiten Preissteigerungen für gewerbliche Enderzeugnisse wurden größtenteils durch die preisdämpfende Wirkung der DM-Aufwertung aufgefangen, bei einzelnen Warengruppen wie beispielsweise bei Maschinen und Fahrzeugen haben die ausländischen Anbieter die auf Grund der DM-Aufwertung theoretisch möglichen Preissenkungen teilweise an die westdeutschen Käufer weitergegeben. Infolgedessen zeigt die Einfuhr nach Warengruppen eine sehr differenzierte Entwicklung. So haben von den für Baden-Württembergs Gesamteinfuhr bedeutsamen Importwaren beispielsweise elektrotechnische (+ 29,0%) und chemische Erzeugnisse (+ 17,8%) hohe Zuwachsraten zu verzeichnen, während die in den ersten neun Monaten importierten Kraftfahrzeuge (+ 9,4%) und Maschinen (- 5,3%) die Einfuhren des Vorjahreszeitraumes wertmäßig weniger stark überstiegen bzw. nicht erreichten.

Betrachtet man die Entwicklung der Importe nach Handelspartnern, so zeigt sich, daß der DM-Wert der aus den Ländern der Europäischen Gemeinschaft eingeführten Waren in den ersten neun Monaten mit 11,2% nur unterdurchschnittlich zunahm. Maßgeblich hierfür waren die außerordentlich hohen DM-Kaufkraftgewinne gegenüber den Währungen der nicht am Block-Floating teilnehmenden EG-Länder, zu denen Italien, Großbritannien und Irland zählen. Während die Importe aus Italien wertmäßig noch leicht zunahm (+ 5,5%), lagen die Lieferungen aus Großbritannien (- 8,3%) unter dem Vorjahresergebnis. Im Gegensatz dazu hat sich der geringe irische Einfuhranteil mehr als verdoppelt. Durch die Liberalisierung

Schaubild 6

Ausfuhr nach Handelspartnern und Warengruppen (1. - 3. Quartal 1973)

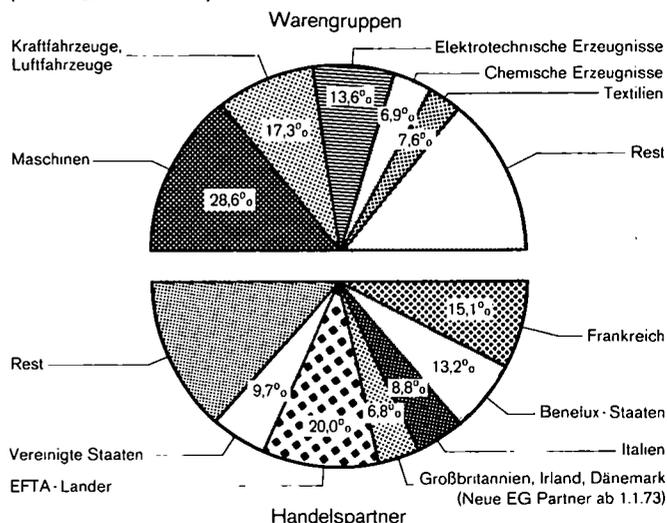


Tabelle 9
Ein- und Ausfuhr nach den wichtigsten Waren

Warenbezeichnung	Einfuhr ¹⁾			Ausfuhr ²⁾		
	1. bis 3. Vierteljahr 1973					
	Mill. DM	%	Veränderung gegen 1972 in % ³⁾	Mill. DM	%	Veränderung gegen 1972 in % ³⁾
Insgesamt	14 860,9	100	+ 13,4	22 290,4	100	+ 16,9
darunter						
Maschinen	1 325,6	8,9	- 5,3	6 377,9	28,6	+ 15,9
Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge	1 078,9	7,3	+ 9,4	3 853,2	17,3	+ 7,4
Elektrotechnische Erzeugnisse	1 112,1	7,5	+ 29,0	3 033,9	13,6	+ 11,7
Textilien	1 684,8	11,3	+ 13,9	1 702,0	7,6	+ 26,5
Chemische Erzeugnisse	1 345,4	9,1	+ 17,8	1 531,2	6,9	+ 17,4
Erdöl	929,5	6,3	+ 8,9	-	-	-

¹⁾ Generalhandel. - ²⁾ Spezialhandel. - ³⁾ Gegenüber den ersten drei Vierteljahren 1972.

des Warenverkehrs stiegen auch die Einfuhren aus den Ostblockländern beträchtlich (+ 37,1%), während die Importzunahme aus den USA, wiederum als Folge der DM-Aufwertung, nur 3,4% betrug.

Noch hohes Bausergebnis, aber Tendenzwende im Wohnungsbau

Die baden-württembergische Bauwirtschaft stand zu Beginn des abgelaufenen Jahres im Zeichen des hohen Bauüberhanges von rund 198 000 genehmigten, jedoch noch nicht fertiggestellten Wohnungen, was annähernd zwei Jahresproduktionen entspricht. Auch im übrigen Hochbau war die Auftragslage relativ günstig und für den Tiefbau ergab sich zu Beginn des Jahres durch die verhältnismäßig stark erhöhten Vergaben der öffentlichen Hand gleichfalls eine im Verhältnis zu den Vorjahren verbesserte Ausgangslage.

Zu einer veränderten Konstellation für den Wohnungsbau führten die stabilitätspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung (Aussetzung der degressiven Abschreibung auf Wohngebäude sowie der erhöhten Abschreibungsmöglichkeit nach § 7b EStG ab 8. Mai für 1 Jahr) sowie die durch die Bundesbank bereits vorher eingeleitete Hochzins- und Kreditverknappungspolitik, die zu bisher unbekanntem Zinssätzen für Bau- und Zwischenfinanzierungskrediten führte.

Auf diese veränderte Situation reagierte die Nachfrage im Wohnungsbau in der ersten Jahreshälfte noch verhältnismäßig wenig, eine rückläufige Tendenz setzte sich endgültig erst ab Juni durch. Im ersten Halbjahr belief sich die Abnahme der Baugenehmigungen, gemessen am umbauten Raum, nur auf 0,7%, im dritten Vierteljahr hingegen gingen die Baugenehmigungen um 17,8% zurück, jeweils bezogen auf die entsprechenden Vorjahreszeiträume. Eine analoge Entwicklung zeigt sich bei dem zweiten Indikator der Wohnungsbaunachfrage, den

Ordereingängen bei den bauhauptgewerblichen Betrieben. Im ersten Halbjahr lag der Index der Auftragseingänge durch den hohen Bestand an genehmigten, jedoch noch nicht begonnenen Wohnbauten noch 40,2% über dem Vorjahr. Von Juni ab setzte jedoch auch ein Rückgang der vergebenen Wohnungsbauaufträge ein, der sich in der Folge verstärkte, so daß im dritten Vierteljahr und im Oktober der Auftragseingangsindex deutlich (- 40,1% bzw. - 32,3%) unter dem Vorjahreswert lag. Da in der gleichen Zeit die Baugenehmigungen weit weniger stark zurückgingen, kann geschlossen werden, daß ein beachtlicher Teil der im Frühjahr genehmigten Bauvorhaben zurückgestellt wurde.

Die Produktionsleistung des Jahres 1973 wurde dadurch noch nicht beeinflußt, die Bauwirtschaft arbeitete auf der Grundlage der noch vorliegenden Aufträge und dürfte nach vorläufigen Schätzungen sogar das Rekordergebnis des Vorjahres von 107 000 fertiggestellten Wohnungen noch um rund 8000 Einheiten übertreffen. Auch der zu erwartende Bauüberhang wird mit mindestens 200 000 genehmigten, jedoch noch nicht fertiggestellten Wohnungen voraussichtlich höher als 1972 ausfallen. Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, daß die unsichere Lage auf dem Wohnungsmarkt und die verschärfte kreditwirtschaftliche Situation zunehmend Bauherren davon abhält, ihre Pläne zu realisieren. Unter diesen Gesichtspunkten ist es nicht ausgeschlossen, daß es im Frühjahr 1974 teilweise zu freien Kapazitäten im Bauhauptgewerbe kommen wird, während das Ausbaugewerbe durch die hohe Zahl der bereits unter Dach befindlichen Rohbauten weit bis in das Jahr 1974 hinein voll beschäftigt sein dürfte.

Im Gegensatz zum Wohnungsbau nahm das Bauinteresse für Nichtwohnbauten im Durchschnitt der ersten neun Monate noch leicht (+ 1,3%) zu, obwohl im dritten Vierteljahr das Baugenehmigungsvolumen unter dem Vorjahreswert (- 9,9%) blieb. Gemessen am umbauten Raum erreichte die von Januar

Tabelle 10
Baugenehmigungen und Baufertigstellungen

Nachweis	Einheit	1973	1972	1971	Veränderung	
					1973 gegen 1972	1972 gegen 1971
		1. bis 3. Vierteljahr			%	
Baugenehmigungen						
Wohngebäude	Umbauter Raum in 1000 cbm	42 285	45 432	40 012	- 6,9	+ 13,5
Nichtwohngebäude	"	28 817	28 435	26 599	+ 1,3	+ 6,9
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden	Anzahl	94 981	103 527	89 683	- 8,3	+ 15,4
Baufertigstellungen						
Wohngebäude	Umbauter Raum in 1000 cbm	22 152	20 889	16 379	+ 6,0	+ 27,5
Nichtwohngebäude	"	13 469	14 581	14 218	- 7,6	+ 2,6
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden	Anzahl	51 339	48 043	37 378	+ 6,9	+ 28,5

Tabelle 11
Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe
 1971 = 100

Zeitraum	Veränderung 1973 gegenüber 1972 in %				
	Bauhaupt- gewerbe insgesamt	Hochbau		Tiefbau	
		insgesamt	darunter Wohnungs- bau	insgesamt	darunter Straßen- bau
1. Vierteljahr . . .	+47,3	+57,6	+67,7	+21,6	+ 4,1
2. Vierteljahr . . .	+27,0	+25,1	+19,3	+31,8	+25,9
3. Vierteljahr . . .	+ 0,0	-11,9	-40,1	+33,0	+26,0
Oktober	-25,2	-22,5	-32,3	-30,4	-12,4
Januar bis Oktober	+16,7	+15,1	+ 4,3	+20,8	+16,8

bis September erzielte Bauleistung das Vorjahresvolumen allerdings nicht (- 7,6%).

Im Tiefbau hat sich die Situation durch hohe Auftragsvergaben der öffentlichen Hand weiter verbessert. In den beiden wichtigsten Sparten, dem Straßen- und dem sonstigen Tiefbau öffentlicher Auftraggeber (zum Beispiel Kanalisations- und Kläranlagenbau), lag der Wert der von Januar bis September vergebenen Aufträge um 20,7% bzw. 37,1% über dem des Vorjahreszeitraums. Erstmals der Oktober brachte einen Rückgang der Tiefbauvergaben um rund 30%.

Die Arbeitsmarktlage im Bauhauptgewerbe war 1973 trotz sinkender Auftragseingänge für Wohnbauten nach wie vor angespannt. Die Zahl der Beschäftigten entsprach Ende August mit rund 248 000 ziemlich genau dem Niveau des Vorjahres (- 0,6%). Die Zahl der von Januar bis September geleisteten Arbeitsstunden blieb zwar als Folge des geringfügigen Beschäftigtenrückgangs und einer Reduzierung der individuellen Arbeitszeit um 3,9% unter dem Vorjahreswert. Dieser leichte Rückgang muß jedoch vor allem im Zusammenhang damit gesehen werden, daß im Bereich der Bauwirtschaft fehlende Arbeitskräfte durch verstärkten Maschinen- und Geräteeinsatz ersetzt werden und in immer stärkerem Maße moderne industriemäßige Produktionsverfahren zur Anwendung gelangen. Obwohl in der Arbeitsmarktlage für baugewerbliche Berufe eine leichte Entspannung gegenüber dem Vorjahr eingetreten ist, waren nach den Ergebnissen der Arbeitsmarktstatistik Ende September 1973 für Baufach- und Bauhilfsarbeiter noch 8803 bzw. 2990 offene Stellen registriert, so daß auf jeden Arbeitssuchenden durchschnittlich 67 (Facharbeiter) bzw. 21 (Hilfskräfte) freie Arbeitsplätze entfielen.

Weiterer Rückgang der Agrarbeschäftigten

Der in den letzten Jahren beobachtete Rückgang der Agrarbeschäftigten setzte sich nach den Ergebnissen der jüngsten repräsentativen Arbeitskräfteerhebung verstärkt fort. Für das Wirtschaftsjahr 1972/73 wurden in den Betrieben ab 1 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche bzw. in kleineren für den Markt produzierenden Agrarbetrieben insgesamt 503 000 Beschäftigte ermittelt, von denen lediglich noch ein Viertel (123 000) vollbeschäftigte Arbeitskräfte waren. Damit verminderte sich die Zahl der vollbeschäftigten Arbeitskräfte allein in den vergangenen vier Jahren um rund ein Drittel. Der tiefgreifende Strukturwandel in der Landwirtschaft führte insbesondere dazu, daß in zunehmendem Maße auch Inhaber größerer landwirtschaftlicher Betriebe einer außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit nachgehen. Von den gegenwärtig noch rund 180 000 marktorientierten Landwirtschaftsbetrieben wird nur noch die Hälfte (92 000) von hauptberuflichen Landwirten bewirtschaftet, so daß sich gegenüber 1968 die Zahl der hauptberuflichen Betriebsinhaber bezogen auf Betriebe ab 2 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche um annähernd ein Drittel verringerte. In etwa demselben Umfang ging auch die Zahl der vollbeschäftigten Familienarbeitskräfte zurück.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche belief sich 1973 nach den Ergebnissen der Bodennutzungserhebung auf rund 1,75 Mill. Hektar. Sie hat sich damit durch zunehmende Beanspruchung des Grund und Bodens für Siedlungszwecke in Jahresfrist um 0,5% vermindert. Pro Kopf der Bevölkerung beträgt die landwirtschaftlich genutzte Fläche heute nur noch 19 Ar gegenüber gut 30 Ar im Jahr 1950.

Die optimistischen Ernteschätzungen im Frühjahr 1973 sind durch die Ernteergebnisse nicht voll bestätigt worden. Mit 22,9 Mill. Dezitonnen übertraf die Getreideernte auf Grund höherer Hektarerträge zwar das Vorjahresergebnis um 7,4%, doch konnte die Rekordernte des Jahres 1971 nicht ganz erreicht werden. Nach den neuesten vorliegenden Schätzungen kann jedoch trotz der reduzierten Anbaufläche mit einer gegenüber dem Vorjahr um etwa 4% erhöhten Kartoffel- und einer insgesamt reichlichen Obst- und Gemüseernte gerechnet werden. Die Weinmosternte verspricht ein Ergebnis, das in der Menge das Vorjahr erheblich übertrifft und dank hoher Mostgewichte in überdurchschnittlichem Umfang zum Ausbau für Qualitätsweine geeignet sein dürfte.

Stagnierende Einzelhandelsumsätze – leichte Belebung des Fremdenverkehrs

Die Umsätze der Einzelhandelsunternehmen in Baden-Württemberg lagen in den ersten neun Monaten nur knapp 8% höher als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Entscheidend beigetragen zu dieser Umsatzerhöhung hat jedoch die Preisentwicklung, denn unter Zugrundelegung konstanter Preise ergibt sich nur eine geringe Zuwachsrate von etwa 1%. Besonders in der zweiten Jahreshälfte war die Geschäftstätigkeit sehr gedämpft, unter Ausschaltung der Preissteigerungen lagen die Umsätze unter dem Vorjahresniveau.

Lebhaft entwickelt hat sich vor allem die private Nachfrage nach Kohle und Mineralölerzeugnissen sowie nach Hausrat und Wohnbedarfsartikeln, doch hat gerade in diesen beiden Sparten die Preisentwicklung maßgeblich zu den hohen nominalen Steigerungsraten beigetragen. Deutliche Schwächetendenzen vor allem in der zweiten Jahreshälfte zeigten sich beim Handel mit Bekleidung, Wäsche und Schuhen. Ebenso mußte sich der Facheinzelhandel mit Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen mit einer nur geringen nominalen Zuwachsrate zufriedengeben.

Tabelle 12
Index der Einzelhandelsumsätze
 Monatsdurchschnitt 1962 = 100

Wirtschaftsgruppe	Januar–September Monatsdurchschnitt		Veränderung %
	1972	1973	
Einzelhandel mit:			
Waren verschiedener Art	221	228	+ 3,2
Nahrungs- und Genußmittel	182	202	+ 11,0
Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie mit Schuhen	169	173	+ 2,4
Eisen- und Metallwaren sowie mit Hausrat und Wohnbedarf aus Kunst- stoffen, Glas, Feinkeramik und Holz	212	250	+ 17,9
Elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spielwaren sowie mit Musikinstrumenten	208	223	+ 7,2
Papierwaren und Druckerzeugnissen	210	234	+ 11,4
Pharmazeutischen, orthopädischen, medizinischen und kosmetischen Artikeln sowie mit Putz- und Reinigungsmitteln	240	255	+ 6,3
Kohle, sonstigen festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen	162	224	+ 38,3
Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen	200	205	+ 2,5
Sonstige Waren	196	221	+ 12,8
Einzelhandel insgesamt	192	207	+ 7,8

Das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe konnte einen Umsatzzuwachs von ca. 6% erzielen. Auch hier dürfte angesichts der allgemeinen Preissteigerungen nur ein geringfügiger realer Zuwachs zu veranschlagen sein. Dies gilt abgeschwächt auch für die Umsätze aus Übernachtungen, die zwar einen nominalen Umsatzanstieg von 9% aufweisen, dafür aber auch von stärkeren Preissteigerungen betroffen wurden. Die für das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe festgestellte Tendenz wird auch durch die Ergebnisse der Fremdenverkehrsstatistik bestätigt. Das in den letzten Jahren anhaltende Anwachsen der Gästeübernachtungen hat sich zwar auch in der Sommersaison 1973 fortgesetzt, doch übertraf die Zuwachsrate mit 3% das von ungünstigen Reisewetterbedingungen beeinflusste Vorjahresergebnis nur wenig. Die nur leichte Belegung ist in erster Linie auf den schon länger anhaltenden Rückgang der Gäste aus dem Ausland zurückzuführen, eine Entwicklung, die nicht zuletzt Folge einer aufwertungsbedingten relativen Verteuerung gegenüber dem Ausland sein dürfte. Schließlich kamen am Jahresende noch die Auswirkungen des Sonntagsfahrverbots hinzu.

Rückgang der Verkehrsunfälle

Obwohl sich im ersten Halbjahr Kraftfahrzeugbestand und Motorisierungsgrad nicht unwesentlich auf 3,13 Mill. Fahrzeuge bzw. 288 Personen- und Kombiwagen je 1000 Einwohner erhöhten, ging die Zahl der Unfälle im Straßenverkehr deutlich zurück. Nach den ersten vorläufigen Ergebnissen der Straßenverkehrsunfallstatistik ereigneten sich 1973 rund 48 800 und damit 5,3% weniger Unfälle mit Personenschäden. Die Zahl der Unfalltoten ging um 6,0% auf 2640, die der Verletzten um 5,9% auf 70 700 Personen zurück. Worauf der auch in anderen Bundesländern zu beobachtende Rückgang der Unfälle und deren Folgen zurückzuführen ist, läßt sich erst nach Vorliegen differenzierterer Ergebnisse der Straßenverkehrsunfallstatistik abschätzen, denn viele Faktoren mögen mitgewirkt haben. Dies gilt auch für den Einfluß der gesetzgeberischen Maßnahmen, also der Einführung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 100 km/h auf normalen Strecken und der 0,8-Promille-Grenze. Obwohl diese Maßnahmen sicher nicht ohne Auswirkungen geblieben sind, spricht einiges dafür, daß auch andere Faktoren eine bedeutsame Rolle gespielt haben, so beispielsweise die Lage und Überschneidung der Ferientermine in den Bundesländern, denn gerade in den Hauptferienmonaten sind weniger Tote und Schwerverletzte als im Vorjahr zu beklagen. Von einigem Einfluß mag auch das in jüngster Zeit verstärkte Sicherheitsbewußtsein der Kraftfahrer sein, das sich zunehmend im Anlegen von Sicherheitsgurten äußert.

Weniger Fluggäste – höherer Schiffsgüterumschlag

Der seit dem 31. Mai andauernde Bummelstreik der Fluglotsen hat auf dem Flughafen Stuttgart in den ersten neun Monaten zu einem Rückgang der Passagiere geführt. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum verminderte sich die Zahl der Fluggäste

Tabelle 13
Straßenverkehrsunfälle

Jahr	Unfälle mit Personenschäden		Dabei			
	Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Getötete		Verletzte	
			Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1971	49 285	-1,2	2 752	-0,8	72 381	-1,9
1972	51 526	+4,5	2 810	+2,1	75 112	+3,8
1973 ¹⁾ . . .	48 800	-5,3	2 640	-6,0	70 700	-5,9

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis.

Tabelle 14
Preisentwicklung
1962 = 100

Monat	Lebenshaltung mittlere Verbrauchergruppe		Bauleistungen an neuen Wohngebäuden	
	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %			
	1973	1972	1973	1972
Januar . . .	6,7	6,3		
Februar . . .	7,0	5,7	6,1	8,1
März	7,3	5,2		
April	7,6	5,1		
Mai	8,1	5,1	7,9	6,2
Juni	7,9	5,4		
Juli	6,8	5,9		
August . . .	6,6	6,0	7,6	6,1
September .	5,5	6,7		
Oktober . . .	5,6	7,1		
November . .	6,2	6,8	6,6	6,0
Dezember . .	6,6	6,7		

um rund 4% auf 1,6 Mill., während nach Angaben der Flughafengesellschaft unter normalen Umständen mit einer Steigerung von rund 11% zu rechnen gewesen wäre. Gleichzeitig verringerte sich der Frachtgüterumschlag, der nach den Vorjahresberechnungen um 14% steigen sollte, um annähernd 6% auf 23 863 Tonnen.

Für die Binnenschifffahrt des Landes deutet sich nach den ersten neun Monaten im Vergleich mit dem Vorjahr ein höheres Jahresergebnis an. So lag die Umschlagleistung in den ersten drei Quartalen um rund 8% über dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Insbesondere der Umschlag von Mineralöl und Benzin sowie von Kies und Sand war auf Rhein und Neckar bemerkenswert höher.

Steigende Löhne und Preise

Die Löhne und Gehälter erhöhten sich 1973 nominell etwas stärker als im Vorjahr. Von Juli 1972 bis Juli 1973 stiegen die Stundenverdienste der Industriearbeiter in Baden-Württemberg um 11,5% gegenüber 8,8% im Vorjahreszeitraum. Infolge geringfügiger Arbeitszeitverkürzungen ergab sich für die Wochenlöhne nur eine Steigerung von 10,7%, der Anstieg der Angestelltengehälter war mit 10,5% geringfügig niedriger.

Der durchschnittliche Stundenlohn der männlichen Industriearbeiter betrug Mitte des Jahres 8,77 DM (Vorjahr 7,83 DM). Den höchsten Lohn erhielten Männer in den Investitionsgüterindustrien mit 9,06 DM je Stunde. Beim Hoch- und Tiefbau wurden 8,54 DM verdient. Bei den Verbrauchsgüterindustrien lagen die Stundenlöhne etwas niedriger, was zum Teil auf die verschiedenartige Beschäftigtenstruktur zurückzuführen ist. Diese Strukturunterschiede wirkten sich auch auf den DurchschnittsStundenlohn der Frauen aus, der bei 6,49 DM (Vorjahr: 5,76 DM) lag.

Wenn die Lohnerhöhungen zu den Preissteigerungen, wie sie im Preisindex für die Lebenshaltung zum Ausdruck kommen, in Beziehung gesetzt werden, ergibt sich im Berichtszeitraum von Juli 1972 bis Juli 1973 ein realer Lohnanstieg um 3,6% gegenüber 2,4% und 5,1% in den Vorjahren.

Die Steigerungen der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr lagen bereits im Januar bei + 6,7% da die 1972 eingesetzte Preisauftriebsschwelle noch anhält. Die am Jahresbeginn gehegten Hoffnungen auf ein Abflachen der Preissteigerungen wurden durch die sich verstärkt fortsetzende konjunkturelle Belegung zunichte gemacht, der Preisindex für die Lebenshaltung stieg kontinuierlich an, um im Monat Mai die höchste bislang verzeichnete Steigerungsrate von + 8,1% zu erreichen. Im weiteren Verlauf war die Zunahme zwar wieder etwas geringer, zum Teil weil die Preise bei den Agrarprodukten deutlich nachgaben, sie betrug aber im Oktober immer noch 5,6% und im November 6,2% (Schaubild 7). Insgesamt wird der Preisindex für die Lebenshaltung im Jahr 1973 voraussichtlich eine durchschnittliche Zuwachsrate von knapp 7% er-

reichen gegenüber 6% im Vorjahr. Eine Erhöhung des Preisindex für die Lebenshaltung in dieser Größenordnung gab es nach dem zweiten Weltkrieg nur noch im Jahr 1951 (Korea-Krise).

Maßgeblich für den hohen Indexanstieg war in erster Linie die Preisentwicklung in den Bereichen Heizung und Beleuchtung sowie im Verkehrssektor, die im November Veränderungsraten von + 14,3 bzw. + 8,7% gegenüber dem Vorjahresmonat aufweisen. Überdurchschnittlich zogen auch die Preise für Bekleidung (+ 7,4%) an, während die Bereiche Wohnung (+ 4,9%), Hausrat (+ 5,4%) und Ernährung (+ 5,2%) die geringsten Niveauanhebungen gegenüber dem Vorjahresmonat verzeichneten.

Erhebliche Preisauftriebstendenzen zeigten sich auch bei den meisten anderen Handelsstufen. Die Importpreise verzeichneten, gemessen am Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter, die höchste Steigerungsrate. Im September lagen sie 15,8% über dem entsprechenden Vorjahresmonat. Die Erwartungen, daß von einer verstärkten Einfuhr eine preisdämpfende Wirkung ausgehen könnte, haben sich also nicht erfüllt, da insbesondere die Weltmarktpreise für Ernährungsgüter erheblich anzogen. Die Erzeugerpreise industrieller Produkte zeigten noch bis Ende 1972 eine gemäßigte Zunahme, stiegen aber 1973 im Zuge der konjunkturellen Expansion rasch an und übertrafen im September das Vorjahresniveau um 6,9%. Dazu trug unter anderem die kräftige Aufwärtsentwicklung der Rohstoffpreise an den internationalen Märkten bei und in letzter Zeit auch die ungewöhnlich starke Verteuerung von Heizöl.

Auf dem Bausektor hat sich der Preisauftrieb bis zur Jahresmitte verstärkt fortgesetzt, im August lag der Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Gebäude) 7,6% über dem Vorjahreswert. Damit sind die hauptsächlich durch die Tariflohnerhöhungen im Mai bedingten Preissteigerungen noch etwas höher als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres (+ 6,1%). Allerdings zeichnete sich in der zweiten Jahreshälfte bei der Entwicklung der Baupreise eine Trendumkehr ab. Während von Februar bis Mai die Preise für Bauleistungen noch um 4,7% anzogen, betrug die Verteuerung vom Mai bis August nur 0,4% und von August bis November gaben die Baupreise im Zusammenhang mit der verschlechterten Auftragslage um 0,5% nach.

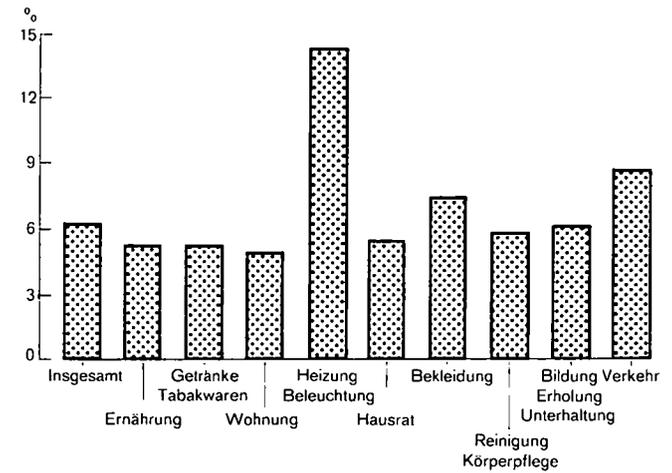
Von den beobachteten Indikatoren weist der für das Bundesgebiet berechnete Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte als einziger eine rückläufige Entwicklung seiner jährlichen Veränderungsraten auf. Während im Dezember 1972 der Abstand zum entsprechenden Vorjahresmonat noch + 12,4% betrug, verringerte sich dieser Wert als Folge der günstigen Ernteergebnisse auf + 3,3% im September 1973. Dieser für den Verbraucher erfreulichen Entwicklung steht eine beträchtliche Steigerung der den landwirtschaftlichen Betrieben entstehenden Kosten gegenüber: Die Jahresveränderung des Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Produktionsmittel betrug im August + 15,1%. Die Erlös-Kosten-Situation hat sich demnach für die Landwirtschaft verschlechtert.

Höheres Renditebewußtsein der Sparer

Nachdem die Sparbucheinlagen bei den baden-württembergischen Kreditinstituten zu Jahresbeginn eine Rekordhöhe von 38,8 Mrd. DM erreicht hatten, gingen die Sparguthaben seit her zunehmend zurück. Erstmals seit Jahren überstiegen von März 1973 an die monatlichen Abhebungen von Sparkonten die Einzahlungen. Von März bis September verminderte sich der Spareinlagenbestand um 821,8 Mill. DM (2,1%), während sich für die ersten drei Quartale auf Grund der Einzahlungsüberschüsse im Januar und Februar eine etwas geringere Abnahme von 462,1 Mill. DM (1,2%) errechnet. Demgegenüber belief sich der Zuwachs der Spareinlagen im entsprechenden Vorjahreszeitraum noch auf 2268,0 Mill. DM, was einer Steigerungsrate von 6,6% entspricht. Dieser teilweisen Abkehr vom traditionellen Sparbuch, die allerdings nach neuesten Informationen auf Grund der Unsicherheit über die wirtschaftliche

Schaubild 7

Veränderungsraten des Preisindex für die Lebenshaltung¹⁾ nach Bedarfsgruppen November 1973 gegenüber November 1972



1) Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen auf der Basis 1962 = 100

5374

Weiterentwicklung am Jahresende nicht mehr zu beobachten war, stand eine intensivere Hinwendung der Sparer zu anderen Anlageformen gegenüber.

Mit anhaltendem Preisauftrieb verhielten sich die Sparer zunehmend renditebewußter und bevorzugten statt der normalen Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist höher verzinsliche Anlageformen. So haben nach den Ausweisen der Landeszentralbank, die bei den baden-württembergischen Kreditinstituten längerfristig angelegten Termingelder in den ersten drei Quartalen um 5971,9 Mill. DM (27,1%) zugenommen, während im gleichen Zeitraum des Vorjahres die Steigerung mit 2422,1 Mill. DM nur etwa halb so hoch (13,1%) gewesen war. Das veränderte Zinsbewußtsein schlug sich auch im Absatz festverzinslicher Wertpapiere (Pfandbriefe, Industrie- und Kommunalobligationen, Sonstige Bankschuldverschreibungen, Anleihen der öffentlichen Hand) der in Baden-Württemberg ansässigen Emittenten nieder. In den ersten neun Monaten erhöhte sich der Absatz nochmals kräftig um 1894,4 Mill. DM oder 10,7%.

Ungebrochener Beliebtheit erfreute sich weiterhin die Anlageform des Bausparens, wobei allerdings die Entwicklung der Sparguthaben, die in den ersten neun Monaten übliche verhaltene Tendenz aufweist. Immerhin erhöhte sich der Einlagenbestand bei den in Baden-Württemberg ansässigen Instituten trotz der ausgeprägten Preissteigerungen auf dem Gebiet des Wohnungswesens um 1053 Mill. DM (3,8%), während im entsprechenden Vorjahreszeitraum die Sparleistungen nur um 687 Mill. DM (2,8%) gewachsen waren.

Welch weite Verbreitung und besondere Bedeutung der Bauspargedanke in Baden-Württemberg, und zwar nicht erst in

Tabelle 15
Entwicklung der Spartätigkeit

Anlageform	Stand am Monatsende		Veränderung	
	Dezember 1972	September 1973	Mill. DM	%
	Mill. DM			
Spareinlagen bei Kreditinstituten	38 811,0	38 348,9	- 462,1	- 1,2
Termingelder	22 024,8	27 996,7	+ 5 971,9	+ 27,1
Umlauf festverzinslicher Wertpapiere	17 649,0	19 543,4	+ 1 894,4	+ 10,7
Einlagen bei Bausparkassen	27 878,0	28 931,0	+ 1 053,0	+ 3,8

neuester Zeit, gefunden hat, zeigt ein Vergleich mit anderen Bundesländern. Mit einem Pro-Kopf-Guthaben von 1257 DM (Bundesdurchschnitt 897 DM) stehen die Einwohner Baden-Württembergs im Bausparen auch Mitte 1973 weit an der Spitze. Beim Kontensparen hingegen rangiert Baden-Württemberg mit 4216 DM je Kopf der Bevölkerung nach Hamburg (5431 DM), Hessen (4542 DM) und Bayern (4259 DM) an vierter Stelle. Faßt man beide Sparformen zusammen, so weisen die Landesbewohner mit 5473 DM nach Hamburg (6133 DM) die höchste Sparleistung je Einwohner auf.

Hoher Anstieg der Steuereinnahmen

Nach dem vom Landtag verabschiedeten Haushaltsplan sollte der Staatshaushalt 1973 ein Ausgabevolumen von 16,1 Mrd. DM erreichen und damit 12,6% über dem Planansatz des Vorjahres liegen. Die Haushaltsansätze der Gemeinden (ohne Gemeinden unter 10 000 Einwohnern) sahen für 1973 Ausgaben von rund 13,4 Mrd. DM und damit eine wesentlich höhere Steigerungsrate des Haushaltsvolumens (15,8%) vor.

Zur Finanzierung der Ausgaben wurde bei der Aufstellung der Haushaltspläne mit Verbesserungen auf der Einnahmenseite gerechnet. Dazu gehörten vor allem eine Zunahme des Aufkommens aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben von 13,5% (Land) und 18,4% (erfaßte Gemeinden) sowie eine Nettokreditaufnahme von 730 Mill. DM (Land) bzw. 1131 Mill. DM (Gemeinden).

Eine veränderte finanzwirtschaftliche Situation ergab sich, als die Bundesregierung Ende Mai 1973 zur Dämpfung des Konjunkturaufschwungs die Kreditaufnahmen der Gebietskörperschaften durch eine Verordnung nach § 19 des Stabilitätsgesetzes begrenzte. Nach dieser sogenannten Schuldendeckelungsverordnung dürfte die Nettoschuldaufnahme des Landes 259 Mill. DM und die der Gemeinden 575 Mill. DM nicht überschreiten. Die durch die Kürzungen der Kreditaufnahmen bedingten Deckungslücken, die im staatlichen Bereich 471 Mill. DM betragen und im kommunalen Sektor eine Verringerung der Kreditaufnahme gegenüber dem Vorjahr um 39% bedeuten, sollten nach Ansicht der Landesregierung ursprünglich durch Einsparungen beim Haushaltsvollzug geschlossen werden, insbesondere durch Verminderung der Ausgaben für Gemeinschaftsaufgaben sowie durch Streckung und Zurückstellung von beabsichtigten Investitionen. Nach den bislang vorliegenden Steuereingängen können jedoch das Land wie auch die Gemeinden mit nicht unbeträchtlichen Steuermehreinnahmen rechnen.

Die Steuereingänge der Gemeinden stiegen in den ersten drei Quartalen vor allem als Folge der günstigen Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens auf 3,22 Mrd. DM und lagen somit um 19,5% höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum, während in den Haushaltsansätzen (ohne Gemeinden unter 10 000 Einwohner) noch von einer Zuwachsrate von 18,4% ausgegangen worden war. Die kassenmäßigen Einnahmen des Landes beliefen sich in den ersten zehn Monaten auf 9,28 Mrd. DM und lagen damit 14,6% über dem Vorjahresergebnis. Diese Steigerung übertrifft die im Staatshaushaltsplan veranschlagte Zunahmerate um 3,9 Prozentpunkte. Dadurch war es möglich, im Nachtrag zum Haushaltsplan 1973 Steuereinnahmen von 12,3 Mrd. DM und somit Mehreinnahmen gegenüber dem ursprünglichen Steuersoll von rund 500 Mill. DM anzusetzen. Wenn dennoch der vom Kabinett verabschiedete Nachtrag zum Haushalt 1973 bei einer Ausgabenerhöhung um rund 341 Mill. DM ein Defizit von 120 Mill. DM aufweist, so ist dies vor allem das Ergebnis der Tarifverhandlungen, die den öffentlichen Bediensteten als Ausgleich für den Geldwertschwund ein auf ein 13. Monatsgehalt erhöhtes Weihnachtsgeld gebracht haben.

Zu der in den ersten zehn Monaten verzeichneten starken Aufwärtsentwicklung der Steuereinnahmen des Landes haben maßgeblich die Steuern vom Einkommen (Landesanteil) beigetragen, die durch den hohen nominellen Einkommenszuwachs breiter Schichten und die progressionsbedingten Steuererhöhungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum Mehreinnahmen von 18,5% erbrachten. Dabei entwickelte sich das Lohnsteueraufkommen (+ 22,5%) etwas stärker als die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer (+ 16,9%). Die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz (Landesanteil) nahmen durch die Intensivierung des umsatzsteuerfreien Ausfuhrgeschäftes nur unterdurchschnittlich (+ 8,1%) zu und auch das Aufkommen aus den reinen Landessteuern (insbesondere Kraftfahrzeug-, Vermögen- und Biersteuer) entwickelte sich nur mäßig (+ 6,9%).

Für 1974 sieht der dem Landtag am 19. Oktober vorgelegte Entwurf des Staatshaushaltsplans Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 18,18 Mrd. DM vor. Gegenüber dem Etatentwurf für 1973 bedeutet dies eine Steigerung des Haushaltsvolumens um 12,6%. Bezieht man die Ausweitung des Nachtrags Haushaltes 1973 mit ein, beträgt die Zuwachsrate der Ausgaben 10,3%. Auch für 1974 sind für Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und kulturelle Angelegenheiten knapp ein Drittel (32,3%) der vorgesehenen Ausgaben veranschlagt. Ein zweiter Schwerpunkt bildet der Aufgabenbereich Allge-

Tabelle 16
Kassenmäßige Steuereinnahmen

Steuerart	Steueraufkommen		Steuereinnahmen			
	Januar bis Oktober 1973					
	Mill. DM	Veränderung gegen Vorjahr in %	Land		Gemeinden (Gv.)	
			Mill. DM	Zunahme gegen Vorjahr in %	Mill. DM	Zunahme gegen Vorjahr in %
Gemeinschaftliche Steuern	20 560,7	+14,7	7 844,2	16,1	1 537,7	20,7
Steuern vom Einkommen	13 477,6	+20,5	5 580,5	18,5	1 537,7	20,7
Lohnsteuer	7 855,1	+23,1	5 580,5	18,5	1 537,7	20,7
Veranlagte Einkommensteuer	3 465,4	+16,9			1 537,7	20,7
Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	249,3	-13,1				
Körperschaftsteuer	1 907,8	+23,2			-	-
Steuern vom Umsatz	6 448,5	+ 3,1	1 946,4	8,1	-	-
Umsatzsteuer	4 817,9	+ 0,9	-	-	-	-
Einfuhrumsatzsteuer	1 630,6	+10,3	1 946,4	8,1	-	-
Gewerbesteuerumlage	634,6	+28,2	317,3	28,2	-	-
Landessteuern	1 438,6	+ 6,9	1 438,6	6,9	-	-
darunter						
Kraftfahrzeugsteuer	679,3	+ 8,7	679,3	8,7	-	-
Gemeindesteuern¹⁾	2 856,1	+21,5	-	-	2 230,3 ²⁾	20,1
darunter						
Gewerbesteuer	2 385,1	+24,5	-	-	1 759,3 ²⁾	23,7

¹⁾ Januar bis September 1972. - ²⁾ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

meine Finanzwirtschaft (27,4% der Ausgaben), in dem unter anderem die Zuweisungen im Rahmen des Länder- und Gemeindefinanzausgleichs, der Schuldendienst sowie die Versorgungsleistungen an ehemalige Beamte zentral nachgewiesen sind. Neue Akzente im Rahmen der begrenzten Finanzausstattung werden in den Bereichen der Sozialpolitik, der Infrastruktur und des Umweltschutzes gesetzt.

Ausblick auf 1974

Auf dem Gebiet der Bevölkerungsbewegung haben sich mit dem verstärkten Geburtenrückgang Entwicklungen abgezeichnet, die auch für die nächste Zeit bestimmend zu sein scheinen. Eine Veränderung der Bevölkerungszahl wird deshalb auch 1974 in starkem Maße von der Wanderungskomponente abhängen, wobei auf Grund des Anwerbeverbots von ausländischen Arbeitskräften die Zuwanderung voraussichtlich wesentlich geringer als in den Vorjahren ausfallen wird.

Im Bildungssektor dürfte die Überfüllung der Universitäten, die mit Zugangsbeschränkungen für eine Vielzahl von Studienfächern verbunden ist, wegen der erwarteten hohen Zahl von Studienanfängern voraussichtlich anhalten. Nach den 1973 sich abzeichnenden Entwicklungen ist ferner anzunehmen, daß auch 1974 der Anteil der Grund- und Hauptschüler, der auf Realschulen und Gymnasien übergeht, zumindest keine weitere Steigerung, wenn nicht sogar einen Rückgang erfahren wird.

Eine Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung rechtfertigt wohl die Feststellung, daß die in der zweiten Jahreshälfte einsetzende konjunkturelle Abkühlung auch das kommende Jahr bestimmen dürfte. In Teilen der Wirtschaft hat die Inlandsnachfrage spürbar nachgelassen, das gilt neben dem Baumarkt und dem Fahrzeugbau vor allem für verschiedene Zweige der Verbrauchsgüterindustrien. Mit dem immer stärkeren Abflachen der binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte dürfte für die weitere Entwicklung bestimmend sein, inwieweit die gegenwärtig konjunkturstabilisierende Auslandsnachfrage durch eine nachlassende Weltkonjunktur zurückgeht und

welche Impulse von den ausstehenden Tarifverhandlungen ausgehen. Inwieweit die durch die Dämpfungsmaßnahmen der Bundesregierung und Bundesbank angestrebte konjunkturelle Abkühlung durch Engpässe in der Versorgung mit Rohöl verstärkt wird, läßt sich derzeit noch nicht voll abschätzen. Soweit von den vorliegenden Indikatoren auf die weitere Entwicklung geschlossen werden kann, ist für 1974 längst kein so hohes gesamtwirtschaftliches Wachstum mehr zu erwarten wie im abgelaufenen Jahr. Maßgebliche wirtschaftspolitische Instanzen rechnen mit einem nur geringen Wirtschaftswachstum von etwa ein bis zwei Prozent, wenn nicht sogar mit einem Null-Wachstum. Auch das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr hebt in seinem jüngsten Lagebericht hervor, daß bei länger anhaltender Erdölverknappung „frühere und schärfere Rückwirkungen auf die allgemeine Konjunkturlage als bisher angenommen nicht auszuschließen sind“¹. Mit vermehrter Kurzarbeit und einer größeren Arbeitslosenzahl als bisher müßte in diesem Fall wohl gerechnet werden. Bei allen Unsicherheiten über die Weiterentwicklung läßt sich jedoch schon jetzt erkennen, daß das Jahr 1974 durch den Zwang zur Anpassung an eine mehr oder weniger große Energie- und Rohstoffknappheit und durch den Zwang zur Verbesserung der Umweltverhältnisse im Sinne eines Umdenkens bei der Beurteilung von Prioritäten im Bereich aller Planungen und Maßnahmen führen wird.

Bei der Preisentwicklung zeigten sich am Jahresende zwar gewisse Anzeichen einer Beruhigung, doch kann von einer Tendenzwende bislang noch nicht gesprochen werden. Zwar wären von der Binnennachfrage her gesehen die Voraussetzungen dazu günstig, doch lassen sich die Ergebnisse der ausstehenden Tarifverhandlungen sowie die Auswirkungen der einsetzenden Verknappung von Rohöl, in deren Gefolge sich auch andere Energieträger und damit die Transportkosten verteuern könnten, derzeit noch nicht absehen.

Dr. Gerhard Kah

¹ Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Baden-Württemberg: „Zur wirtschaftlichen Lage in Baden-Württemberg im September und im 3. Quartal 1973“, S. 2.

Weiterbildung – ein neues Aufgabengebiet der Statistik.

Erste Daten einer Modellerhebung in Baden-Württemberg

Bedeutung und Struktur des Weiterbildungsbereichs

In der Bildungsplanung von Bund und Ländern spielt der Weiterbildungssektor, dessen eminente Bedeutung als gesellschaftliche Aufgabe längst ins öffentliche Bewußtsein gedrungen ist, eine hervorragende Rolle. Die Weiterbildung, deren finanzielle Förderung durch den Staat lediglich 0,5% der Kultushaushalte ausmacht, soll nach den übereinstimmenden Vorschlägen der beteiligten Gremien von ihrer bisherigen „Anhängselfunktion“ befreit und zu einem in das gesamte Bildungswesen zu integrierenden Hauptbereich ausgebaut werden¹. Eine Gesamtkonzeption des Weiterbildungsbereichs hat die baden-württembergische Landesregierung, in deren Auftrag die Empfehlung des sogenannten Picht-Gutachtens erarbeitet wurde², schon in ihrer Regierungserklärung vom 19. Januar 1967 gefordert.

Nachdem mehrere Bundesländer bereits über Erwachsenenbildungsgesetze verfügen, steht der vierte Bildungsbereich nunmehr auch im baden-württembergischen Landtag zur Kodifizierung an. Angesichts dieser Entwicklung wird die Notwendigkeit unabweisbar, Orientierungsdaten über den Weiter-

¹ Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission, Strukturplan für das Bildungswesen, verabschiedet auf der 27. Sitzung der Bildungskommission am 13. Februar 1970, Bonn 1970, S. 51. Bildungsbericht 70. Die bildungspolitische Konzeption der Bundesregierung, Bericht der Bundesregierung zur Bildungspolitik, Bonn 1970. S. 112. Zwischenbericht der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung an die Regierungschefs des Bundes und der Länder über den Bildungsgesamtplan und ein Bildungsbudget vom 18. Oktober 1971, Bonn 1971 – II C/3.

² Gesamtplan für ein kooperatives System der Erwachsenenbildung, in: Schriftenreihe des Kultusministeriums Baden-Württemberg zur Bildungsforschung, Bildungsplanung, Bildungspolitik, Reihe A Nr. 10, vorgelegt vom Arbeitskreis Erwachsenenbildung des Kultusministeriums Baden-Württemberg. Vgl. auch Wilhelm Hahn, Mehr Bildung, mehr Leistung, mehr Freiheit – Bildungspolitik zwischen Wunsch und Wirklichkeit, Stuttgart 1972, S. 149 ff.